

Gesamte Rechtsvorschrift für Abkommen – Einkommen- und Vermögensteuern samt Protokoll (Kasachstan), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
 StF: BGBl. III Nr. 69/2006 (NR: GP XXII RV 627 AB 737 S. 93. BR: AB 7212 S. 718.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 29. März 2005 bzw. 30. Jänner 2006 abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß derselben Bestimmung mit 1. März 2006 in Kraft getreten.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Republik Kasachstan, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen, haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

(i) die Einkommensteuer;

(ii) die Körperschaftsteuer;

(iii) die Grundsteuer;

(iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

(v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in Kasachstan:

- (i) die Körperschaftsteuer;
- (ii) die Einkommensteuer von natürlichen Personen;
- (iii) die Steuer vom Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck:
 - (i) "Österreich" die Republik Österreich;
 - (ii) "Kasachstan" die Republik Kasachstan, und im geografischen Sinn verwendet, umfasst der Ausdruck "Kasachstan" die Hoheitsgewässer sowie das ausschließliche Wirtschaftsgebiet und den Kontinentalsockel, wo Kasachstan für bestimmte Zwecke Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausüben kann und das kasachische Steuerrecht Anwendung findet;
 - b) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - d) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - e) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - f) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Kasachstan: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - g) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Vertragsstaat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Vertragsstaats hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Vertragsstaats dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Vertragsstaat und seine Gebietskörperschaften. Er umfasst auch Pensionsfonds und ähnliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen, die nach dem Recht eines Vertragsstaats errichtet worden sind und deren Einkünfte in diesem Vertragsstaat im Allgemeinen von der Steuer befreit sind. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Vertragsstaat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Vertragsstaat oder mit in diesem Vertragsstaat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst auch:

- a) eine Bauausführung oder Montage oder damit verbundene Überwachungsleistungen, jedoch nur dann, wenn die Dauer dieses Bauvorhabens oder dieser Montage zwölf Monate überschreitet oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken;
- b) eine Anlage oder Einrichtung, die für die Erforschung von Bodenschätzen verwendet wird, oder damit verbundene Überwachungsleistungen, oder eine Bohrinnele oder ein für die Erforschung von Bodenschätzen verwendetes Schiff, jedoch nur dann, wenn die Verwendung länger als zwölf Monate dauert oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a) bis e) genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen

ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Vertragsstaat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Vertragsstaat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFFTFAHRT

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Vertragsstaats Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Vertragsstaat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Vertragsstaat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte,

die nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Vertragsstaat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Vertragsstaat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(6) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, außerdem eine Steuer von den Gewinnen einer Gesellschaft, die einer Betriebsstätte in diesem Vertragsstaat zugerechnet werden können, zusätzlich zu der Steuer zu erheben, die von den Gewinnen einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft zu erheben wäre, vorausgesetzt, dass die zusätzliche Steuer 5 vom Hundert des Betrags dieser Gewinne nicht übersteigt. Im Sinne dieser Bestimmung sind die Gewinne nach Abzug aller Steuern, ausgenommen die in diesem Absatz genannte zusätzliche Steuer, zu ermitteln, die in dem Vertragsstaat erhoben werden, in dem die Betriebsstätte besteht, und um einen Betrag zu vermindern, der 50 vom Hundert dieser Gewinne entspricht.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 werden Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, in diesem Vertragsstaat von der Besteuerung ausgenommen, wenn sie als Nutzungsberechtigter bezogen werden:

- a) von der Regierung oder von einer Gebietskörperschaft des anderen Vertragsstaats; oder
- b) von der Zentralbank des anderen Vertragsstaats oder von einer anderen staatlichen Bank oder von Finanzinstituten, die im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beiden Vertragsstaaten bestimmt werden können.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen, die aus Kasachstan stammen und an eine in Österreich ansässige Person gezahlt werden, von der Steuer in Kasachstan befreit, wenn sie im Zusammenhang mit einem Darlehen, das von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt, garantiert oder besichert wird oder mit anderen Forderungen oder Krediten, die von der Oesterreichischen Kontrollbank AG garantiert oder besichert werden, gezahlt werden.

(5) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, sind nur im anderen Vertragsstaat zu besteuern, wenn:

- a) der Empfänger ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats und der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist, und
- b) die Zinsen im Zusammenhang mit Forderungen gezahlt werden, die aus dem Verkauf von Waren oder gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit durch dieses Unternehmen an ein Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats stammen.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(7) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(8) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(9) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger und Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, dass diese Tätigkeiten im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden oder ausgeübt worden sind, und

- a) die Einkünfte einer festen Einrichtung zugerechnet werden können, die der natürlichen Person gewöhnlich zur Verfügung steht oder zur Verfügung gestanden ist; oder
- b) wenn die natürliche Person sich im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält oder aufgehalten hat.

In diesem Fall dürfen die auf diese Tätigkeiten entfallenden Einkünfte im anderen Vertragsstaat nach Grundsätzen besteuert werden, die denen des Artikels 7 über die Ermittlung von Unternehmensgewinnen und deren Zurechnung an eine Betriebsstätte entsprechen.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Vertragsstaat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Vertragsstaat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Vertragsstaat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Vertragsstaat ansässig ist und
 - (i) ein Staatsangehöriger dieses Vertragsstaats ist oder
 - (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Vertragsstaat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Vertragsstaat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Vertragsstaats ist.
- (3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Kasachstan und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.
- (4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Vertragsstaats stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Vertragsstaat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In Kasachstan wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Kasachstan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kasachstan
 - (i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - (ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Ist der auf diese Einkünfte entfallende Steuerbetrag gemäß den in Kasachstan anzuwendenden Steuersätzen niedriger, so darf der nach der vorstehenden Bestimmung anzurechnende Betrag diesen niedrigeren Steuerbetrag nicht übersteigen.

- b) Bezieht eine in Kasachstan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen, die nach diesem Abkommen nur in Österreich besteuert werden dürfen, darf Kasachstan diese Einkünfte oder dieses Vermögen in die Besteuerungsgrundlage einbeziehen, jedoch nur für die Ermittlung des Steuersatzes, der auf die in Kasachstan zu besteuern den Einkünfte oder das zu besteuern den Vermögen anzuwenden ist.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Kasachstan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b), c) und d) diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Kasachstan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser

Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kasachstan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Kasachstan bezogenen Einkünfte entfällt.

- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a), die von einer in Kasachstan ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die Österreich als Einkünfte betrachtet, die auf Grund dieses Abkommens in Kasachstan zu besteuern sind, dürfen dessen ungeachtet in Österreich besteuert werden, wenn diese Einkünfte nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens auf Grund dieses Abkommens in Kasachstan nicht besteuert werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Vertragsstaats unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Vertragsstaats unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Vertragsstaat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Vertragsstaats, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 9 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Vertragsstaat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Vertragsstaat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Vertragsstaaten

vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Vertragsstaats beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Das Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am dreißigsten Tag nach der späteren Mitteilung in Kraft, dass beide Vertragsstaaten die nach innerstaatlichem Recht für das In-Kraft-Treten erforderlichen gesetzlichen Verfahren durchgeführt haben.

(2) Das Abkommen findet Anwendung:

- a) Für Steuern, die an der Quelle erhoben werden, in Bezug auf Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt; und

- b) für alle übrigen Steuern in Bezug auf Steuerjahre, die am oder nach dem ersten Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen mindestens sechs Monate vor dem Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) in Bezug auf Steuern, die an der Quelle erhoben werden, für Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr der Kündigung folgt; und
- b) in Bezug auf andere Steuern für Steuerzeiträume, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Vertragsstaaten übereingekommen, dass das beigefügte Protokoll einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. September 2004, in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer, russischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterfertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren dazu dargelegt wird. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

Zu Artikel 10 Absatz 6:

Wenn und solange ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zwischen Kasachstan und einem gegenwärtigen Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Anwendung findet, das keine zusätzliche Steuer vorsieht, wie sie in Artikel 10 Absatz 6 dieses Abkommens vorgesehen ist, wird die in diesem Absatz angeführte zusätzliche Steuer von Unternehmen, die in Österreich ansässig sind, nicht erhoben.

Zu den Artikeln 11 und 12:

Sollte in einem Abkommen zwischen Kasachstan und einem dritten Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist, Kasachstan einer niedrigeren Steuer als der in Artikel 11 Absatz 2 oder in Artikel 12 Absatz 2 vorgesehenen 10 vom Hundert zustimmen und tritt ein solches Abkommen entweder vor oder nach In-Kraft-Treten dieses Abkommens in Kraft, so besteht Einvernehmen der Vertragsstaaten darüber, dass die zuständige Behörde in Kasachstan die zuständige Behörde in Österreich über die Bestimmungen des maßgeblichen Absatzes im Abkommen mit diesem dritten Staat unmittelbar nach dessen In-Kraft-Treten in Kenntnis setzt; in diesem Fall findet der niedrigere Steuersatz, der an die Stelle der 10 vom Hundert in Artikel 11 Absatz 2 beziehungsweise in Artikel 12 Absatz 2 dieses Abkommens tritt, mit Wirksamkeit ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses oder des anderen Abkommens Anwendung, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. September 2004, in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer, russischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2006

Ausgegeben am 11. April 2006

Teil III

69. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXII RV 627 AB 737 S. 93. BR: AB 7212 S. 718.)

69.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll

[deutscher Vertragstext siehe Anlagen]

[englischer Vertragstext siehe Anlagen]

[kasachischer Vertragstext siehe Anlagen]

[russischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 29. März 2005 bzw. 30. Jänner 2006 abgegeben; das Abkommen ist daher gemäß derselben Bestimmung mit 1. März 2006 in Kraft getreten.

Schüssel

**ABKOMMEN ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK KASACHSTAN
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN
VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und die Republik Kasachstan, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

- (i) die Einkommensteuer;
- (ii) die Körperschaftsteuer;
- (iii) die Grundsteuer;
- (iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- (v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in Kasachstan:

- (i) die Körperschaftsteuer;
- (ii) die Einkommensteuer von natürlichen Personen;
- (iii) die Steuer vom Vermögen.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeutet der Ausdruck:

- (i) "Österreich" die Republik Österreich;
 - (ii) "Kasachstan" die Republik Kasachstan, und im geografischen Sinn verwendet, umfasst der Ausdruck "Kasachstan" die Hoheitsgewässer sowie das ausschließliche Wirtschaftsgebiet und den Kontinentalsockel, wo Kasachstan für bestimmte Zwecke Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausüben kann und das kasachische Steuerrecht Anwendung findet;
- b) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - d) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - e) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - f) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - (ii) in Kasachstan: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - g) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Vertragsstaats über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Vertragsstaat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Vertragsstaats hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Vertragsstaats dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Vertragsstaat und seine Gebietskörperschaften. Er umfasst auch Pensionsfonds und ähnliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen, die nach dem Recht eines Vertragsstaats errichtet worden sind und deren Einkünfte in diesem

Vertragsstaat im Allgemeinen von der Steuer befreit sind. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Vertragsstaat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Vertragsstaat oder mit in diesem Vertragsstaat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Vertragsstaaten oder keines der Vertragsstaaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst auch:

- a) eine Bauausführung oder Montage oder damit verbundene Überwachungsleistungen, jedoch nur dann, wenn die Dauer dieses Bauvorhabens

oder dieser Montage zwölf Monate überschreitet oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken;

- b) eine Anlage oder Einrichtung, die für die Erforschung von Bodenschätzen verwendet wird, oder damit verbundene Überwachungsleistungen, oder eine Bohrinne oder ein für die Erforschung von Bodenschätzen verwendetes Schiff, jedoch nur dann, wenn die Verwendung länger als zwölf Monate dauert oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a) bis e) genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Vertragsstaat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Vertragsstaat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Vertragsstaat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen

Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

(8) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser

Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Vertragsstaats Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Vertragsstaat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Vertragsstaat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Vertragsstaat weder die von der

Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Vertragsstaat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Vertragsstaat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

(6) Dieses Abkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es einen Vertragsstaat, außerdem eine Steuer von den Gewinnen einer Gesellschaft, die einer Betriebsstätte in diesem Vertragsstaat zugerechnet werden können, zusätzlich zu der Steuer zu erheben, die von den Gewinnen einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft zu erheben wäre, vorausgesetzt, dass die zusätzliche Steuer 5 vom Hundert des Betrags dieser Gewinne nicht übersteigt. Im Sinne dieser Bestimmung sind die Gewinne nach Abzug aller Steuern, ausgenommen die in diesem Absatz genannte zusätzliche Steuer, zu ermitteln, die in dem Vertragsstaat erhoben werden, in dem die Betriebsstätte besteht, und um einen Betrag zu vermindern, der 50 vom Hundert dieser Gewinne entspricht.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 werden Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, in diesem Vertragsstaat von der Besteuerung ausgenommen, wenn sie als Nutzungsberechtigter bezogen werden:

- a) von der Regierung oder von einer Gebietskörperschaft des anderen Vertragsstaats; oder
- b) von der Zentralbank des anderen Vertragsstaats oder von einer anderen staatlichen Bank oder von Finanzinstituten, die im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den beiden Vertragsstaaten bestimmt werden können.

(4) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen, die aus Kasachstan stammen und an eine in Österreich ansässige Person gezahlt werden, von der Steuer in Kasachstan befreit, wenn sie im Zusammenhang mit einem Darlehen, das von der Oesterreichischen Kontrollbank AG gewährt, garantiert oder besichert wird oder mit anderen Forderungen oder Krediten, die von der Oesterreichischen Kontrollbank AG garantiert oder besichert werden, gezahlt werden.

(5) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen, sind nur im anderen Vertragsstaat zu besteuern, wenn:

- a) der Empfänger ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats und der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist, und

- b) die Zinsen im Zusammenhang mit Forderungen gezahlt werden, die aus dem Verkauf von Waren oder gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit durch dieses Unternehmen an ein Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats stammen.

(6) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(7) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(8) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(9) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger und Nutzungsberechtigter der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an

literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Vertragsstaat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, dass diese Tätigkeiten im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden oder ausgeübt worden sind, und

- a) die Einkünfte einer festen Einrichtung zugerechnet werden können, die der natürlichen Person gewöhnlich zur Verfügung steht oder zur Verfügung gestanden ist; oder
- b) wenn die natürliche Person sich im anderen Vertragsstaat insgesamt länger als 183 Tage innerhalb Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält oder aufgehalten hat.

In diesem Fall dürfen die auf diese Tätigkeiten entfallenden Einkünfte im anderen Vertragsstaat nach Grundsätzen besteuert werden, die denen des Artikels 7 über die Ermittlung von Unternehmensgewinnen und deren Zurechnung an eine Betriebsstätte entsprechen.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Vertragsstaat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Vertragsstaat ansässig ist, und

- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das das Seeschiff oder Luftfahrzeug betreibt.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft

geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Vertragsstaat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Vertragsstaat ansässig ist und
- (i) ein Staatsangehöriger dieses Vertragsstaats ist oder
 - (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Vertragsstaat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Vertragsstaat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Vertragsstaat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Vertragsstaats ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Kasachstan und den Mitgliedern dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Vertragsstaats stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Vertragsstaat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Vertragsstaat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

Artikel 21**ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22**VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

Artikel 23**VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG**

(1) In Kasachstan wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in Kasachstan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kasachstan

(i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

- (ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Ist der auf diese Einkünfte entfallende Steuerbetrag gemäß den in Kasachstan anzuwendenden Steuersätzen niedriger, so darf der nach der vorstehenden Bestimmung anzurechnende Betrag diesen niedrigeren Steuerbetrag nicht übersteigen.

- b) Bezieht eine in Kasachstan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen, die nach diesem Abkommen nur in Österreich besteuert werden dürfen, darf Kasachstan diese Einkünfte oder dieses Vermögen in die Besteuerungsgrundlage einbeziehen, jedoch nur für die Ermittlung des Steuersatzes, der auf die in Kasachstan zu besteuern den Einkünfte oder das zu steuernde Vermögen anzuwenden ist.

(2) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Kasachstan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b), c) und d) diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Kasachstan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kasachstan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Kasachstan bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a), die von einer in Kasachstan ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die Österreich als Einkünfte betrachtet, die auf Grund dieses Abkommens in Kasachstan zu besteuern sind, dürfen dessen ungeachtet in Österreich besteuert werden, wenn diese Einkünfte nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens auf Grund dieses Abkommens in Kasachstan nicht besteuert werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die

anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Vertragsstaats unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Vertragsstaats unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Vertragsstaat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Vertragsstaats, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 9 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Vertragsstaat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Vertragsstaat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaats unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Vertragsstaaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger

sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Vertragsstaats beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER
VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28**IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Das Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am dreißigsten Tag nach der späteren Mitteilung in Kraft, dass beide Vertragsstaaten die nach innerstaatlichem Recht für das In-Kraft-Treten erforderlichen gesetzlichen Verfahren durchgeführt haben.

(2) Das Abkommen findet Anwendung:

- a) Für Steuern, die an der Quelle erhoben werden, in Bezug auf Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt; und
- b) für alle übrigen Steuern in Bezug auf Steuerjahre, die am oder nach dem ersten Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem der Vertragsstaaten gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen mindestens sechs Monate vor dem Ende eines Kalenderjahres nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) in Bezug auf Steuern, die an der Quelle erhoben werden, für Beträge, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Jahr der Kündigung folgt; und
- b) in Bezug auf andere Steuern für Steuerzeiträume, die am oder nach dem ersten Jänner des Jahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Vertragsstaaten übereingekommen, dass das beigefügte Protokoll einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. September 2004, in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer, russischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Republik
Österreich:

Benita Ferrero-Waldner m.p.

Für die Republik
Kasachstan:

Kasymschomart Tokajew m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Kasachstan auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterfertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren dazu dargelegt wird. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

Zu Artikel 10 Absatz 6:

Wenn und solange ein Abkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zwischen Kasachstan und einem gegenwärtigen Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Anwendung findet, das keine zusätzliche Steuer vorsieht, wie sie in Artikel 10 Absatz 6 dieses Abkommens vorgesehen ist, wird die in diesem Absatz angeführte zusätzliche Steuer von Unternehmen, die in Österreich ansässig sind, nicht erhoben.

Zu den Artikeln 11 und 12:

Sollte in einem Abkommen zwischen Kasachstan und einem dritten Staat, der Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist, Kasachstan einer niedrigeren Steuer als der in Artikel 11 Absatz 2 oder in Artikel 12 Absatz 2 vorgesehenen 10 vom Hundert zustimmen und tritt ein solches Abkommen entweder vor oder nach In-Kraft-Treten dieses Abkommens in Kraft, so besteht Einvernehmen der Vertragsstaaten darüber, dass die zuständige Behörde in Kasachstan die zuständige Behörde in Österreich über die Bestimmungen des maßgeblichen Absatzes im Abkommen mit diesem dritten Staat unmittelbar nach dessen In-Kraft-Treten in Kenntnis setzt; in diesem Fall findet der niedrigere Steuersatz, der an die Stelle der 10 vom Hundert in Artikel 11 Absatz 2 beziehungsweise in Artikel 12 Absatz 2 dieses Abkommens tritt, mit Wirksamkeit ab dem Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses oder des anderen Abkommens Anwendung, je nachdem, welcher Zeitpunkt der spätere ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig bevollmächtigten Unterfertigten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 10. September 2004, in zwei Urschriften, jede in deutscher, kasachischer, russischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Republik
Österreich:

Benita Ferrero-Waldner m.p.

Für die Republik
Kasachstan:

Kasymschomart Tokajew m.p.

**CONVENTION BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF KAZAKHSTAN
WITH RESPECT TO TAXES
ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Republic of Austria and the Republic of Kazakhstan, desiring to conclude a Convention with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1**PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Austria:

- (i) the income tax (die Einkommensteuer);
- (ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- (iii) the land tax (die Grundsteuer);
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- (v) the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

b) in Kazakhstan:

- (i) the corporate income tax;
- (ii) the individual income tax;
- (iii) the tax on the property.

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3**GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

a) the term:

- (i) "Austria" means the Republic of Austria;
 - (ii) "Kazakhstan" means the Republic of Kazakhstan, and when used in a geographical sense, the term "Kazakhstan" includes the territorial waters, and also the exclusive economic zone and continental shelf in which Kazakhstan, for certain purposes, may exercise sovereign rights and jurisdiction in accordance with international law and in which the law relating to Kazakhstan tax are applicable;
- b) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- c) the term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- d) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- e) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- f) the term "competent authority" means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorized representative;
 - (ii) in Kazakhstan: the Ministry of Finance or its authorized representative;
- g) the term "national" means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that Contracting State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that Contracting State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that Contracting State.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that Contracting State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of incorporation or any other criterion of a similar nature, and also includes that Contracting State and any political subdivision or local authority thereof. It shall include also any pension fund and similar institutions and any charitable organization, established under the law of a Contracting State the income of which is generally exempt from tax in that Contracting State. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that Contracting State in respect only of income from sources in that Contracting State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the Contracting State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident only of the Contracting State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the Contracting State of which he is a national;
- d) if he is a national of neither of the Contracting States, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the Contracting State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) The term "permanent establishment" also includes:

- a) a building site or construction or installation or assembly project, or supervisory services connected therewith, only if such site or project lasts for more than 12 months, or such services continue for more than 12 months; and
- b) an installation or structure used for the exploration of natural resources, or supervisory services connected therewith, or a drilling rig or ship used for the exploration of natural resources, only if such use lasts for more than 12 months, or such services continue for more than 12 months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that Contracting State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that Contracting State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other Contracting State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in

agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that Contracting State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other Contracting State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the Contracting State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

(8) The term "profits" as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and, in the case of Austria, from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Article 8

SHIPPING AND AIR TRANSPORT

(1) Profits derived by a resident of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that Contracting State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that Contracting State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other Contracting State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned Contracting State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other Contracting State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10**DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that Contracting State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the Contracting State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other Contracting State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other Contracting State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other Contracting State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other Contracting State.

(6) Nothing in this Convention shall be construed as preventing a Contracting State from imposing an additional tax on the profits of a company attributable to a permanent establishment in that Contracting State, in addition to the tax which would be chargeable on the profits of a company which is a resident of that Contracting State, provided that any additional tax shall not exceed 5 per cent of the amount of such profits. For the purpose of this provision, the profits shall be determined after deducting therefrom all taxes, other than the additional tax referred to in this paragraph, imposed in the Contracting State in which the permanent establishment exists, and reduced by an amount equal to 50 per cent of such profits.

Article 11**INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that Contracting State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest arising in a Contracting State shall be exempt from tax in that Contracting State provided it is derived and beneficially owned by:

- a) the Government, a political subdivision or a local authority of the other Contracting State; or
- b) the Central Bank of the other Contracting State or any other governmental bank or financial institution/agency that may be mutually agreed upon between the two Contracting States.

(4) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest arising in Kazakhstan and paid to a resident of Austria shall be exempt from tax in Kazakhstan if it is paid in respect of a loan made, guaranteed or insured, or any other debt-claim or credit guaranteed or insured, by the Oesterreichische Kontrollbank AG.

(5) Interest arising in a Contracting State shall be taxable only in the other Contracting State if:

- a) the recipient is an enterprise of that other Contracting State and is the beneficial owner of the interest, and
- b) the interest is paid with respect to indebtedness arising on the sale on credit, by that enterprise, of any merchandise or industrial, commercial or scientific equipment to an enterprise of the first-mentioned Contracting State.

(6) The term "interest" as used in this Article means income from debt claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(7) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(8) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that Contracting State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent

establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(9) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that Contracting State, but if the recipient and the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that Contracting State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In

such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other Contracting State.

(3) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that Contracting State unless such services are performed or were performed in the other Contracting State; and

- a) the income is attributable to a fixed base which the individual has or had regularly available to him in that other Contracting State; or
- b) such individual is present or was present in that other Contracting State for a period or periods exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned.

In such a case the income attributable to the services may be taxed in that other Contracting State in accordance with principles similar to those of Article 7 for determining the amount of business profits and attributing business profits to a permanent establishment.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19, and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that Contracting State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other Contracting State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned Contracting State if:

- a) the recipient is present in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other Contracting State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other Contracting State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the enterprise operating the ship or aircraft is a resident.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other Contracting State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other Contracting State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15,

be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 18

PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that Contracting State.

Article 19

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that Contracting State or subdivision or authority shall be taxable only in that Contracting State.
 - b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that Contracting State and the individual is a resident of that Contracting State who:
 - (i) is a national of that Contracting State; or
 - (ii) did not become a resident of that Contracting State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that Contracting State or subdivision or authority shall be taxable only in that Contracting State.
 - b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that Contracting State.
- (3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner for Kazakhstan and to the members of the staff of the Austrian Foreign Trade Commissioner for Kazakhstan.
- (4) The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 20**STUDENTS**

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that Contracting State, provided that such payments arise from sources outside that Contracting State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other Contracting State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned Contracting State.

Article 21**OTHER INCOME**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that Contracting State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other Contracting State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22**CAPITAL**

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other Contracting State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other Contracting State.

(3) Capital represented by ships and aircraft owned by a resident of a Contracting State and operated in international traffic, and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that Contracting State.

Article 23

ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the case of Kazakhstan, double taxation shall be avoided as follows:

- a) Where a resident of Kazakhstan derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Kazakhstan shall allow:
 - (i) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
 - (ii) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

The amount of the tax to be deducted pursuant to the above provision shall not exceed the lesser of the tax which would have been charged on the same income in Kazakhstan under the rates applicable therein.

- b) Where a resident of Kazakhstan derives income or owns capital, which in accordance with the provisions of this Convention shall be taxable only in Austria, Kazakhstan may include this income or capital in the tax base but only for purposes of determining the rate of tax on such other income or capital as is taxable in Kazakhstan.

(2) In the case of Austria, double taxation shall be avoided as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Kazakhstan, Austria shall, subject to the provisions of sub-paragraphs b), c) and d), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12 may be taxed in Kazakhstan, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Kazakhstan. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from Kazakhstan.
- c) Dividends covered by paragraph 2 sub-paragraph a) of Article 10 and paid by a company which is a resident of Kazakhstan to a company which is a resident of Austria shall, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria but irrespective of any deviating minimum holding requirements of that law, be exempt from tax in Austria.

- d) Where in accordance with any provision of this Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.
- e) Income derived by a resident of Austria which is considered by Austria to be taxable under this Convention in Kazakhstan may nevertheless be taxed in Austria if, after the conduct of a mutual agreement procedure, Kazakhstan does not tax that income by virtue of this Convention.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other Contracting State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the Contracting State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other Contracting State than the taxation levied on enterprises of that other Contracting State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 9 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned Contracting State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned Contracting State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned Contracting State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those Contracting States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention concerning taxes covered by the Convention insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that Contracting State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and shall enter into force on the 30th day after date of the latter notification indicating that both Contracting States have complied with the domestic legal procedures required in each Contracting State for its entry into force.

(2) The Convention shall apply:

- a) With regard to taxes withheld at source, in respect of amounts paid or credited on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the Convention enters into force; and
- b) with regard to other taxes, in respect of taxable years beginning on or after the first day of January in the calendar year next following the year in which the Convention enters into force.

Article 29

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by one of the Contracting States. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving notice of termination at least six months before the end of any calendar year after the expiry of five years from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect:

- a) in respect of taxes withheld at source, for amounts paid or credited on or after first January in the year next following that in which the notice of termination is given; and
- b) in respect of other taxes, for taxable periods beginning on or after first January in the year next following that in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the Undersigned being duly authorized thereto, have signed this Convention.

At the moment of signing the Convention between the Republic of Austria and the Republic of Kazakhstan with respect to taxes on income and on capital, the Contracting States have agreed that the attached Protocol shall form an integral part of the Convention.

DONE in duplicate in Vienna this 10th day of September 2004, in the German, Kazakh, Russian and English languages, all texts being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Benita Ferrero-Waldner m.p.

For the Republic of Kazakhstan:

Kasymschomart Tokajew m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention between the Republic of Austria and the Republic of Kazakhstan with respect to taxes on income and on capital, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentaries thereon. The Commentaries - as they may be revised from time to time - constitute a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

To Article 10 paragraph 6:

If, and so long as, a Convention with respect to taxes on income and on capital is effective between Kazakhstan and a present member of the Organisation for Economic Co-operation and Development, which convention does not provide for an additional tax such as that provided for in paragraph 6 of Article 10 of this Convention, the additional tax mentioned therein shall not be levied upon enterprises resident in Austria.

To Articles 11 and 12:

The Contracting States agree that where Kazakhstan agrees to a lower rate of tax than 10 per cent in paragraph 2 of Article 11 or in paragraph 2 of Article 12 in any Convention between Kazakhstan and a third State which is a member of the Organisation for Economic Co-operation and Development, and that Convention enters into force either before or after the date of entry into force of this Convention the competent authority of Kazakhstan shall notify the competent authority of Austria of the terms of the relevant paragraph in the Convention with that third State immediately after the entry into force of that Convention and such lower rate of tax shall be substituted for 10 per cent in paragraph 2 of Article 11 or paragraph 2 of Article 12, as the case may be, of this Convention with effect from the date of entry into force of that Convention, or of this Convention, whichever is the later.

IN WITNESS WHEREOF the Undersigned, being duly authorized thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna this 10th day of September 2004, in the German, Kazakh, Russian and English languages, all texts being equally authentic. In the case of divergence between the texts the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Benita Ferrero-Waldner m.p.

For the Republic of Kazakhstan:

Kasymschomart Tokajew m.p.

**АВСТРИЯ РЕСПУБЛИКАСЫ МЕН ҚАЗАҚСТАН РЕСПУБЛИКАСЫ
АРАСЫНДАҒЫ ТАБЫС ПЕН КАПИТАЛҒА САЛЫНАТЫН САЛЫҚТАРҒА
ҚАТЫСТЫ**

К О Н В Е Н Ц И Я

Австрия Республикасы мен Қазақстан Республикасы,
Табыс пен капиталға салынатын салықтарға қатысты конвенция жасасуға ниет білдіре
отырып,

төмендегілер туралы уағдаласты:

1-бап**КОНВЕНЦИЯ ҚОЛДАНЫЛАТЫН ТҮЛҒАЛАР**

Осы Конвенция Уағдаласушы Мемлекеттердің біреуінің немесе екеуінің де резиденті болып табылатын тұлғаларға қолданылады.

2-бап**КОНВЕНЦИЯ ҚОЛДАНЫЛАТЫН САЛЫҚТАР**

(1) Осы Конвенция Уағдаласушы Мемлекеттің немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелерінің немесе жергілікті билік органдарының атынан алынатын табыс пен капиталға салынатын салықтарға оларды алу әдісіне қарамастан қолданылады.

(2) Жылжымалы немесе жылжымайтын мүлікті иеліктен шығарудан алынған табыстарға салынатын салықтарды, кәсіпорындар төлейтін еңбекақының немесе жалақының жалпы сомасынан алынатын салықтарды, сондай-ақ мүлік құнының өсуінен алынатын салықтарды қоса, табыстың жалпы сомасынан, капиталдың жалпы сомасынан немесе табыстың немесе капиталдың жеке бөліктерінен алынатын салықтардың барлық түрі табыс пен капиталға салынатын салықтар деп есептеледі.

(3) Конвенция қолданылатын қазіргі салықтар, атап айтқанда, мыналар болып табылады:

а) Австрияда:

- (i) табыс салығы (die Einkommensteuer);
- (ii) корпорациялық салық (die Körperschaftsteuer);
- (iii) жер салығы (die Grundsteuer);
- (iv) ауыл шаруашылығы және орман кәсіпорындарына салынатын салық (die Abgabe von forstwirtschaftlichen Betrieben);
- (v) бос (иесіз, құрылыс салынбаған) жер учаскелерінің құнына салынатын салық (die Abgabe von Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

б) Қазақстанда:

- (i) корпорациялық табыс салығы;
- (ii) жеке табыс салығы;
- (iii) мүлікке салынатын салық.

(4) Конвенция Конвенцияға қол қойылған күннен кейін қолданылып жүрген салықтарға қосымша немесе солардың орнына алынатын бірдей немесе мәні бойынша ұқсас кез келген салықтарға да қолданылады. Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары өздерінің тиісті салық заңдарына енгізілетін кез келген елеулі өзгерістер туралы бірін-бірі хабардар етіп отырады.

3-бап**ЖАЛПЫ АНЫҚТАМАЛАР**

(1) Егер түпнұсқа мәтіннен өзгедей мағына туындамаса, осы Конвенцияның мақсаттары үшін:

a) терминдер:

(i) «Австрия» Австрия Республикасын білдіреді;

(ii) «Қазақстан» Қазақстан Республикасын білдіреді және географиялық мағынасында қолданған кезде «Қазақстан» термині аумақтық суларды, сондай-ақ халықаралық құқыққа сәйкес Қазақстан белгілі бір мақсаттары үшін егемендік құқықтары мен юрисдикциясын жүзеге асыра алатын және Қазақстан салықтарын реттейтін заңдар қолданылатын айрықша экономикалық аймақ пен құрлықтық қайраңды қамтиды;

b) «тұлға» термині жеке тұлғаны, компанияны және тұлғалардың кез келген басқа да бірлестігін қамтиды;

c) «компания» термині салық салу мақсаттары үшін құқық субъектілік ұйым ретінде қарастырылатын кез келген құқық субъектілік ұйымды немесе кез келген дербес құқықтық бірлікті білдіреді;

d) «Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны» және «екінші Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны» терминдері тиісінше Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті басқаратын кәсіпорынды және екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті басқаратын кәсіпорынды білдіреді;

e) «халықаралық тасымал» термині теңіз немесе әуе кемесі тек басқа Уағдаласушы Мемлекеттің пункттері арасында ғана пайдаланылатыннан басқа жағдайларды қоспағанда, Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны пайдаланатын кез келген теңіз немесе әуе кемесімен жасалатын тасымалды білдіреді;

f) «құзыретті орган» термині:

(i) Австрияда: Федералдық Қаржы министрін немесе оның уәкілетті өкілін білдіреді;

(ii) Қазақстанда: Қаржы министрлігін немесе оның уәкілетті өкілін;

g) «ұлттық тұлға» термині:

(i) Уағдаласушы Мемлекеттің азаматтығы бар кез келген жеке тұлғаны;

(ii) Уағдаласушы Мемлекеттің қолданыстағы заңдары негізінде өз мәртебесін алған кез келген заңды тұлғаны, серіктестікті немесе қауымдастықты білдіреді.

(2) Уағдаласушы Мемлекет кез келген уақытта Конвенцияны қолданған кезде онда айқындалмаған кез келген термин, егер түпнұсқа мәтіннен өзгеше мағына туындамаса, осы Конвенция қолданылатын салықтарға қатысты сол Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары

бойынша ол қандай мағынада пайдаланылса, сондай мағынаға ие болады, бұл ретте Уағдаласушы Мемлекеттің қолданылатын салық заңдары бойынша кез келген мағына осы Уағдаласушы Мемлекеттің басқа заңдары бойынша терминіне берілетін мағынадағы басымдыққа ие болады.

4-бап

РЕЗИДЕНТ

(1) Осы Конвенцияның мақсаттары үшін «Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті» термині сол Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары бойынша оның тұрғылықты жері, резиденттігі, басқару орны, құрылу орны немесе осындай сипаттағы кез келген басқа өлшем негізінде онда салық салынуға тиіс кез келген тұлғаны білдіреді және сондай-ақ Уағдаласушы Мемлекетті, оның саяси-әкімшілік бөлімшесін немесе жергілікті билік органын қамтиды. Ол сондай-ақ Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары бойынша құрылған, кірісі осы Уағдаласушы Мемлекетте салықтан босатылатын кез келген зейнетақы қорын немесе ұқсас мекемені немесе қайырымдылық ұйымын қамтиды. Алайда бұл термин тек осы Уағдаласушы Мемлекеттегі көздерден алынатын табысқа қатысты немесе онда орналасқан капиталға қатысты осы Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуға жататын кез келген тұлғаны қамтымайды.

(2) Егер 1-тармақтың ережелеріне сәйкес жеке тұлға Уағдаласушы Мемлекеттердің екеуінің де резиденті болып табылса, оның мәртебесі мынадай тұрғыда айқындалады:

a) ол өзінің билік етуіндегі тұрақты үй-жайы орналасқан осы Уағдаласушы Мемлекеттің ғана резиденті болып есептеледі; егер оның билік етуінде Уағдаласушы Мемлекеттердің екеуінде де тұрақты баспанасы болса, ол мейлінше тығыз жеке және экономикалық қатынасы (өмірлік мүдделер орталығы) бар Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып есептеледі;

b) егер оның өмірлік мүдделер орталығы бар Уағдаласушы Мемлекетті айқындау мүмкін болмаса немесе оның Уағдаласушы Мемлекеттердің бірде біреуінде өзінің билік етуіндегі тұрақты баспанасы болмаса, ол тек сол өзі әдетте тұрып жатқан Уағдаласушы Мемлекеттің ғана резиденті болып есептеледі;

c) егер ол әдетте Уағдаласушы Мемлекеттердің екеуінде де тұратын болса немесе олардың бірде біреуінде тұрмаса, ол өзі азаматы болып отырған Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып есептеледі;

d) егер ол Уағдаласушы Мемлекеттердің біреуінің де азаматы болып табылмаса, Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары аталған мәселені өзара келісім бойынша шешеді.

(3) Егер 1-тармақтың ережелеріне сәйкес жеке адамнан өзге тұлға Уағдаласушы Мемлекеттердің екеуінің де резиденті болса, онда ол тиімді басқару орны орналасқан Уағдаласушы Мемлекеттің ғана резиденті болып есептеледі.

5-бап**ТҰРАҚТЫ МЕКЕМЕ**

(1) Осы Конвенцияның мақсаттары үшін «тұрақты мекеме» термині кәсіпорынның кәсіпкерлік қызметі толық немесе ішінара жүзеге асырылатын тұрақты қызмет орнын білдіреді.

(2) «Тұрақты мекеме» термині, атап айтқанда, мыналарды:

- a) басқару орнын;
- b) бөлімшені;
- c) кеңсені;
- d) фабриканы;
- e) шеберхананы;
- f) және шахтаны, мұнай немесе газ ұңғымаларын, карьерді немесе табиғи ресурстар өндіретін басқа да кез келген орынды қамтиды.

(3) «Тұрақты мекеме» термині, сондай-ақ:

a) егер осындай алаң немесе объект 12 айдан астам уақыт бойы тұрса немесе мұндай қызмет 12 айдан астам уақыт бойы көрсетілсе, құрылыс алаңын немесе құрылыс, монтаждау немесе жинау объектісін немесе осы жұмыстардың орындалуын бақылауға байланысты қызметтерді;

b) егер тек мұндай пайдалану 12 айдан астам уақыт бойы созылса немесе мұндай қызмет 12 айдан астам уақыт бойы көрсетілсе, табиғи ресурстарды барлау үшін пайдаланылатын қондырғыны немесе құрлысты немесе осы жұмыстардың орындалуын қадағалауға байланысты қызметтерді немесе табиғи ресурстарды барлау үшін пайдаланылатын бұрғылау қондырғысын немесе кемесін қамтиды.

(4) Осы баптың алдыңғы ережелеріне қарамастан, «тұрақты мекеме» термині:

a) құрылыстарды тек кәсіпорынға тиесілі тауарларды немесе бұйымдарды сақтау, көрсету немесе жеткізіп тұру мақсаттары үшін пайдалануды;

b) кәсіпорынға тиесілі тауарлар немесе бұйымдар қорын тек сақтау, көрсету немесе жеткізіп тұру мақсаттары үшін ұстауды;

c) кәсіпорынға тиесілі тауарлар немесе бұйымдар қорын тек басқа кәсіпорынның өңдеу мақсаттары үшін ұстауды;

d) тұрақты қызмет орнын тек тауарлар немесе бұйымдар сатып алу мақсаттары үшін немесе кәсіпорынға арналған ақпарат жинау үшін ұстауды;

e) тұрақты қызмет орнын тек кәсіпорын үшін дайындық немесе көмекші сипаттағы кез келген басқа қызметті жүзеге асыру мақсаттары үшін ұстауды;

f) осындай амал нәтижесінде туындайтын тұрақты қызмет орнының жиынтық қызметі дайындық немесе көмекші сипатта болған жағдайда тұрақты қызмет орнын а)

тармақшасынан бастап е) тармақшасын қоса алғанда санамаланған қызмет түрлерінің кез келген амалын жүзеге асыру үшін ұстауды қамтиды деп қарастырылмайды.

(5) 1 және 2-тармақтардың ережелеріне қарамастан, егер 6-тармақ қолданылатын тәуелсіз мәртебесі бар агенттен өзге тұлға кәсіпорын атынан әрекет етсе және Уағдаласушы Мемлекетте кәсіпорын атынан келісім-шарттар жасасуға өкілеттікті әдетте пайдаланып жүрсе, онда бұл кәсіпорын осы тұлға кәсіпорын үшін жүзеге асыратын кез келген қызметке жөнінде осы Уағдаласушы Мемлекетте тұрақты мекемесі бар кәсіпорын ретінде қарастырылады, оның қызметі 4-тармақта аталған тұрақты қызмет орны арқылы жүзеге асырылғанның өзінде осы тұрақты қызмет орнын осы тармақтың ережелеріне сәйкес тұрақты мекемеге айналдырмайтын қызмет түрлерімен шектелмейді.

(6) Кәсіпорын кәсіпкерлік қызметін осы Уағдаласушы Мемлекетте делдал, комиссионер немесе тәуелсіз мәртебесі бар кез келген басқа агент арқылы жүзеге асырғаны үшін ғана, осындай тұлғалар өздерінің әдеттегі қызметі шеңберінде әрекет жасаған жағдайда, Уағдаласушы Мемлекетте тұрақты мекемесі бар кәсіпорын ретінде қарастырылмайды.

(7) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын компанияның екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын компанияны бақылауы немесе оның бақылауында болуы немесе осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте кәсіпкерлік қызметпен айналысуы (не тұрақты мекеме арқылы не басқадай жолмен айналысуы) фактісі осы компаниялардың бірін екіншісінің тұрақты мекемесіне айналдырмайды.

6-бап

ЖЫЛЖЫМАЙТЫН МҮЛІКТЕН АЛЫНАТЫН ТАБЫС

(1) Уағдаласушы Мемлекеттің резидентінің екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан жылжымайтын мүліктен алған табыстарына (ауыл шаруашылығынан немесе орман шаруашылығынан алған табыстарды қосқанда) осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) «Жылжымайтын мүлік» термині қаралып отырған мүлік орналасқан Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары бойынша қандай мағынасы болса, сондай мағынаға ие болады. Термин кез келген жағдайда жылжымайтын мүлікке қатысты қосалқы мүлікті, ауыл шаруашылығы мен орман шаруашылығында пайдаланылатын мал мен жабдықты, жер меншігіне қатысты заң ережелері қолданылатын құқықтарды, жылжымайтын мүлік узуфрукт және минералдық ресурстарды, қорларды және басқа да табиғи қазбаларды игеру үшін берілетін өтемақы ретіндегі өзгермелі немесе тіркелген төлемдеріне құқықтарды қамтиды. Теңіз және әуе кемелері жылжымайтын мүлік ретінде қарастырылмайды.

(3) 1-тармақтың ережелері жылжымайтын мүлікті тікелей пайдаланудан, жалға беруден немесе кез келген басқа нысанда пайдаланудан алынған табысқа қолданылады.

(4) 1 және 3-тармақтардың ережелері, сондай-ақ кәсіпорынның жылжымайтын мүлкінен алынатын табысқа және тәуелсіз жеке қызметтер көрсету үшін пайдаланылатын жылжымайтын мүліктен алынатын табысқа қолданылады.

7-бап**КӘСІПКЕРЛІК ҚЫЗМЕТТЕН АЛЫНАТЫН ПАЙДА**

(1) Егер Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекетте кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырмаса немесе сонда орналасқан тұрақты мекеме арқылы жүзеге асырмаса, кәсіпорынның пайдасына тек осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады. Егер кәсіпорын жоғарыда айтылғандай кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса, кәсіпорынның пайдасына екінші Уағдаласушы Мемлекетте, бірақ осындай тұрақты мекемеге қатысты бөлігіне ғана салық салынуы мүмкін.

(2) 3-тармақтың ережелерін ескере отырып, егер Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекетте сонда орналасқан тұрақты мекеме арқылы кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса, онда әрбір Уағдаласушы Мемлекетте осы тұрақты мекемеге егер ол оқшау және дербес кәсіпорын болып, осындай немесе ұқсас жағдайларда дәл осындай немесе ұқсас қызметпен айналысып, өзі тұрақты мекемесі болып табылатын кәсіпорыннан толық тәуелсіз әрекет жасағанда алынуы мүмкін пайда жатқызылады.

(3) Тұрақты мекеменің пайдасын анықтау кезінде шығыстар тұрақты мекеме орналасқан Уағдаласушы Мемлекетте немесе басқа жерде жұмсалғанына қарамастан, басқару және жалпы әкімшілік шығыстарын қосқанда, тұрақты мекеменің мақсаттары үшін жұмсалған шығыстарды шегеруге жол беріледі.

(4) Уағдаласушы Мемлекетте тұрақты мекемеге қатысты пайданы кәсіпорынның жалпы пайдасын оның әр түрлі бөлімшелері арасында үлесті тепе-тең бөлу негізінде айқындау қабылданғандықтан, осы Уағдаласушы Мемлекеттің салық салынатын пайданы айқындауына 2-тармақта әдетте қабылданғанындай осылай бөлуіне ешнәрсе кедергі бола алмайды. Алайда үлесті тепе-тең бөлудің таңдалған әдісі осы бапта айтылған қағидаттарға сәйкес келетін нәтижелер беруге тиіс.

(5) Тұрақты мекеменің кәсіпорын үшін тауарлар немесе бұйымдар сатып алуының негізінде ғана осы тұрақты мекемеге қандай да болмасын пайда есептелмейді.

(6) Алдыңғы тармақтардың мақсаттары үшін тұрақты мекемеге жататын пайда, егер мұндай тәртіпті өзгерту үшін жеткілікті және дәлелді себептері болмаса жылма-жыл біркелкі тәсілмен анықталады.

(7) Егер пайда осы Конвенцияның басқа баптарында жеке айтылатын кірістердің түрлерін қамтыса, онда бұл баптардың ережелері осы баптың ережелерін қозғамайды.

(8) «Пайда» термині осы бапта қолданылған кезде кез келген әріптес әріптестікке қатысудан және Австрияның жағдайында Австрия заңдарына сәйкес құрылған «пассив» серіктестікке (Stille Gesellschaft) қатысудан алған пайданы қамтиды.

8-бап**ТЕҢІЗ ЖӘНЕ ӘУЕ КӨЛІГІ**

(1) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті теңіз немесе әуе кемелерін халықаралық тасымалдауда пайдаланудан алған пайдаға тек осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

(2) 1-тармақтың ережелері пулға, көлік құралдарын пайдалану жөніндегі бірлескен кәсіпорынға немесе халықаралық ұйымға қатысудан алынатын пайдаға да қолданылады.

9-бап**ҚАУЫМДАСҚАН КӘСПОРЫНДАР****(1) Егер**

а) бір Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнын басқаруға, бақылауға немесе оның капиталына тікелей немесе жанама түрде қатысса;

б) немесе сол бір тұлғалар Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнын және екінші Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнын басқаруға, бақылауға немесе капиталына тікелей немесе жанама түрде қатысса

және кез келген жағдайда екі кәсіпорынның арасында олардың коммерциялық немесе қаржы қатынастарында тәуелсіз екі кәсіпорынның арасында орын алуы мүмкін жағдайлардан өзгеше жағдайлар жасалса немесе орнықса, онда кәсіпорындардың біріне есептелуі мүмкін, бірақ осы жағдайлардың орын алуына байланысты оған есептелмеген кез келген пайда осы кәсіпорынның пайдасына қосылуы және оған тиісінше салық салынуы мүмкін.

(2) Егер Уағдаласушы Мемлекет екінші Уағдаласушы Мемлекет кәсіпорнының осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынған пайдасын осы Уағдаласушы Мемлекет кәсіпорнының пайдасына қосса әрі тиісінше салық салса және осылай қосылған пайда алғашқы аталған Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнына есептелетіндей болса, егер екі кәсіпорынның арасындағы өзара қатынас тәуелсіз кәсіпорындардың арасында жасалатын жағдайлардай болса, онда осы екінші Уағдаласушы Мемлекет осы пайдадан алынатын салық сомасына тиісті түзету жасайды. Осындай түзетуді айқындау кезінде осы Конвенцияның басқа да ережелері ескерілуі тиіс және Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары қажет болған кезде бір-бірімен консультация жүргізіп отырады.

10-бап**ДИВИДЕНДТЕР**

(1) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын компанияның екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне төлейтін дивидендтеріне осы екінші Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Алайда осындай дивидендтерге, сондай-ақ дивидендтер төлейтін компания резиденті болып табылатын Уағдаласушы Мемлекетте де және осы Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес салық салынуы мүмкін, бірақ егер дивидендтердің іс жүзіндегі иесі екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылса, онда осылайша алынатын салық:

а) егер іс жүзіндегі иесі дивидендтерді төлейтін компания капиталының 10 процентінен кем емес бөлігіне тікелей иелік ететін компания болса, дивидендтердің жалпы сомасының 5 процентінен;

б) қалған барлық жағдайда дивидендтердің жалпы сомасының 15 процентінен аспайды.

Бұл тармақтың ережелері дивидендтер төленетін пайдаға қатысты компанияға салық салуды қарастырмайды.

(3) «Дивидендтер» терминін осы Бапта пайдаланған кезде ол акциялардан, «jouissance» акцияларынан немесе «jouissance» пайдалану құқықтарынан, тау-кен өнеркәсібі кәсіпорындарының акцияларынан, құрылтайшылардың акцияларынан немесе борыш-талаптары болып табылмайтын, бірақ пайдаға қатысудан түсетін кіріске деген құқық беретін басқа да құқықтардан алынатын табысты, сондай-ақ пайданы бөлуші компания резиденті болып табылатын Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес акциялардан алынатын табыс секілді дәл сондай салықтық реттеуге жататын басқа да корпорациялық құқықтарынан алынатын табысты білдіреді.

(4) Егер Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын, дивидендтердің іс жүзіндегі иесі дивидендтерді төлейтін компания резиденті болып отырған екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан тұрақты мекеме арқылы онда кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса немесе осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте сонда орналасқан тұрақты базадан тәуелсіз жеке қызметтер көрсетсе және төленіп жүрген дивидендтерге қатысты холдинг шын мәнінде осындай тұрақты мекемемен немесе тұрақты базамен байланысты болса, 1 және 2-тармақтың ережелері қолданылмайды. Мұндай жағдайда мән-жайларға қарай 7-баптың немесе 14-баптың ережелері қолданылады.

(5) Егер Уағдаласушы Мемлекеттің бірінің резиденті болып табылатын компания екінші Уағдаласушы Мемлекеттен пайда немесе табыс алып тұрған болса, осы екінші Уағдаласушы Мемлекет мұндай дивидендтер осы екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне төленетін немесе өзіне қатысты дивидендтер төленетін холдинг шын мәнінде осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан тұрақты мекемемен немесе тұрақты базамен байланысты болатын жағдайды қоспағанда, осы компания төлейтін дивидендтерді салықтан босата алады және компанияның бөлінбеген пайдасынан егер тіпті төленетін дивидендтер немесе бөлінбеген пайда осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте пайда болған табыстан толығымен немесе ішінара құралса да, бөлінбеген пайдаға салық салынбайды.

(6) Осы Конвенцияда бұл Уағдаласушы Мемлекетте тұрақты мекемеге жататын компанияның пайдасы, осылайша есептелген кез келген қосымша салық осындай пайда сомасының 5 процентінен аспаған жағдайда, бұл Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын компанияның пайдасына есептелетін салыққа қосымша салық салынатын Уағдаласушы Мемлекетке кедергі келтіретіндей етіп ештеңені түсіндіруге болмайды. Осы

тармақтың мақсаттары үшін пайда осы тармақта аталған қосымша салыққа қарағанда өзге де, одан тұрақты мекеме орналасқан Уағдаласушы Мемлекетте өндіріп алынатын және осындай пайданың 50 проценттік сомасына азайтылған барлық салықты шегеріп тастағаннан кейін анықталады.

11-бап

ПРОЦЕНТТЕР

(1) Уағдаласушы Мемлекетте пайда болатын және екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне төленетін проценттерге осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Алайда мұндай проценттерге, сондай-ақ олар пайда болатын Уағдаласушы Мемлекетте және осы Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес салық салынуы мүмкін, бірақ, егер проценттердің нақты иесі екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылса, онда мұндай тәсілмен алынған салық проценттердің жалпы сомасының 10 процентінен аспауы тиіс.

(3) 2-тармақтың ережелеріне қарамастан, Уағдаласушы Мемлекеттің бірінде пайда болатын проценттер, егер олар алынған және:

а) екінші Уағдаласушы Мемлекеттің Үкіметіне, саяси-әкімшілік бөлімшесіне немесе жергілікті билік органына;

б) екінші Уағдаласушы Мемлекеттің Орталық банкіне немесе Уағдаласушы Мемлекеттермен өзара келісе алатын кез келген екінші үкіметтік банкке немесе қаржы мекемесіне/агенттігіне жататын жағдайда осы Уағдаласушы Мемлекетте салықтан босатылады.

(4) 2-тармақтың ережелеріне қарамастан, Қазақстанда пайда болатын және Австрия резидентіне төленетін проценттер, егер олар ұсынылған, кепілдік берілген немесе сақтандырылған қарызға немесе Osterreichische Kontrollbank AG кепілдік берген немесе сақтандырған кез келген басқа борыштық талаптарға немесе кредитке қатысты төленсе, Қазақстандағы салықтан босатылады.

(5) Уағдаласушы Мемлекетте пайда болатын проценттерге, тек екінші Уағдаласушы Мемлекетте, егер:

а) проценттерді алушы, сондай-ақ нақты иесі осы екінші Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны болып табылса, және

б) кәсіпорынның кредитке бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнына кез келген бұйымдары немесе өнеркәсіптік, коммерциялық немесе ғылыми жабдықты сату кезінде пайда болатын берешекке қатысты төленетін проценттерге салық салынады.

(6) "Проценттер" термині осы бапта пайдаланылған кезде кепілмен қамтамасыз етілген немесе қамтамасыз етілмеген және борышқорлардың пайдасына қатысуға құқық беретін немесе бермейтін борыштық талаптардың кез келген түрінен алынған табысты және сондай-ақ үкіметтік бағалы қағаздардан алынатын табысты және осы бағалы қағаздар,

облигациялар немесе борыштық міндеттемелер бойынша сыйақылар мен ұтыстарды қоса алғанда, облигациялардан немесе борыштық міндеттемелерден алынатын табысты білдіреді. Уақтылы төленбеген төлемдерге салынатын айыппұлдар осы баптың мақсаттары үшін проценттер ретінде қарастырылмайды.

(7) Егер проценттердің нақты иесі бір Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті бола отырып, проценттер пайда болатын екінші Уағдаласушы Мемлекетте сонда орналасқан тұрақты мекеме арқылы кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса немесе осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте сонда орналасқан тұрақты базамен тәуелсіз жеке қызметтер көрсетсе және оларға қатысты проценттер төленетін борыштық талап шын мәнінде осындай тұрақты мекемеге немесе тұрақты базаға қатысты болса, 1 және 2-тармақтардың ережелері қолданылмайды. Мұндай жағдайда мән-жайларға қарай 7-баптың немесе 14-баптың ережелері қолданылады.

(8) Егер, төлеуші осы Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылса, проценттер Уағдаласушы Мемлекетте пайда болады деп саналады. Егер, алайда, проценттер төлеуші тұлға Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті ме, жоқ па осыған қарамастан, Уағдаласушы Мемлекетте оларға байланысты олар бойынша проценттер төленетін берешек пайда болған тұрақты мекемесі немесе тұрақты базасы болса және осындай проценттерді осындай тұрақты мекеме немесе тұрақты база төлейтін болса, онда мұндай проценттер осындай тұрақты мекеме немесе тұрақты база орналасқан Уағдаласушы Мемлекетте пайда болады деп саналады.

(9) Егер проценттер төлеуші мен оның нақты иесі арасындағы немесе сол екеуі мен қандай да болсын басқа бір тұлғаның арасындағы арнайы қатынастардың себебінен оның негізінде төленетін борыштық талапқа қатысты проценттердің сомасы проценттер төлеуші мен олардың нақты иесі арасында осындай қатынастар болмаған кезде келісіле алатындай сомадан асып кетсе, осы баптың ережелері тек соңғы аталған сомаға ғана қолданылады. Мұндай жағдайда төлемнің басы артық бөлігін осы Конвенцияның басқа ережелерін ескере отырып, әрбір Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес салық салынуға жатады.

12-бап

РОЯЛТИ

(1) Уағдаласушы Мемлекетте пайда болатын және екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне төленетін роялтиге осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Мұндай роялтиге, сондай-ақ ол пайда болатын Уағдаласушы Мемлекетте және осы Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес салық салынуы мүмкін, бірақ, егер алушы және роялтидің нақты иесі екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылса, онда осындай тәсілмен алынатын салық роялтидің жалпы сомасының 10 процентінен аспауға тиіс.

(3) "Роялти" термині осы бапта пайдаланылған кезде кинематографиялық фильмдерді қоса алғанда, әдебиет, өнер немесе ғылым шығармаларына, кез келген патентке, сауда маркасына, дизайнға немесе модельге, жоспарға, құпия формулаға немесе процеске, кез келген авторлық құқықты пайдаланғаны үшін немесе осындай құқықты пайдалануға бергені

үшін немесе өнеркәсіптік, коммерциялық немесе ғылыми тәжірибеге қатысты ақпараттар үшін сыйақы ретінде алынған төлемдердің кез келген түрін білдіреді.

(4) Егер, роялтидің нақты иесі Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті бола отырып, роялти пайда болған екінші Уағдаласушы Мемлекетте сонда орналасқан тұрақты мекеме арқылы кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса немесе осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте онда орналасқан тұрақты базадан тәуелсіз жеке қызметтер көрсетсе және оларға қатысты роялти төленетін құқық немесе мүлік шын мәнінде осындай тұрақты мекемемен немесе тұрақты базамен байланысты болса, 1 және 2-тармақтардың ережелері қолданылмайды. Мұндай жағдайда мән-жайларға қарай 7-баптың немесе 14-баптың ережелері қолданылады.

(5) Егер, төлеуші осы Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылса, роялти Уағдаласушы Мемлекетте пайда болады деп саналады. Егер, алайда, роялти төлеуші тұлға Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті ме, жоқ па осыған қарамастан, Уағдаласушы Мемлекетте роялти төлеу міндеттемесінің пайда болуына байланысты тұрақты мекемесі немесе тұрақты базасы болса және осындай роялти осы тұрақты мекемемен немесе тұрақты базамен байланысты болса, онда мұндай роялти тұрақты мекеме немесе тұрақты база орналасқан Уағдаласушы Мемлекетте пайда болды деп саналады.

(6) Егер роялти төлеуші мен оның нақты иесі арасындағы немесе сол екеуі мен қандай да болсын басқа бір тұлғаның арасындағы ерекше қатынастардың салдарынан олардың негізінде төленетін пайдалануға, құқыққа немесе ақпаратқа қатысты роялтидің сомасы осындай қатынастар болмай тұрғанда роялти төлеуші мен оның нақты иесі арасында келісіле алатындай сомадан асып кетсе, онда осы баптың ережелері тек соңғы аталған сомаға ғана қолданылады. Мұндай жағдайда төлемнің басы артық бөлігі осы Конвенцияның басқа да ережелерін тиісті түрде ескере отырып, әрбір Уағдаласушы Мемлекеттің заңдарына сәйкес салық салынуға жатады.

13-бап

МҮЛІК ҚҰНЫНЫҢ ӨСІМІНЕН АЛЫНАТЫН ТАБЫСТАР

(1) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті 6-бапта айқындалғандай, екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан жылжымайтын мүлікті иеліктен алудан алынатын табыстарға осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекетте иелік етіп отырған тұрақты мекеменің кәсіпкерлік мүлкінің бір бөлігін құрайтын жылжымалы мүлікті иеліктен алудан немесе осындай тұрақты мекемені (жеке немесе жиынтық бүкіл кәсіпорынмен алғанда) немесе осындай тұрақты базаны иеліктен алудан алынған осындай табыстарды қоса алғанда, тәуелсіз жеке қызметтер көрсету мақсаттары үшін Уағдаласушы Мемлекет резидентінің екінші Уағдаласушы Мемлекетте иелігіндегі тұрақты базаға қатысты жылжымалы мүліктен алынған табыстарға осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(3) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті халықаралық тасымалда пайдаланатын теңіз немесе әуе кемелерін немесе мұндай теңіз немесе әуе кемелерін пайдалануға байланысты жылжымалы мүлікті иеліктен алудан алынатын табыстарға тек осы Уағдаласушы Мемлекетте салық салынады.

(4) 1, 2 және 3-тармақтарда айтылғаннан басқа, кез келген мүлікті иеліктен алудан алынған табыстарға мүлікті иеліктен алушы тұлға резиденті болып табылатын Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

14-бап

ТӘУЕЛСІЗ ЖЕКЕ ҚЫЗМЕТТЕР

(1) Кәсіби қызмет көрсетуге немесе тәуелсіз сипаттағы басқа да қызметке қатысты Уағдаласушы Мемлекет резидентінің алған табысына, егер тек мұндай қызметтер екінші Уағдаласушы Мемлекетте көрсетілсе немесе көрсетілмесе, осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады;

а) және кіріс екінші Уағдаласушы Мемлекетте тұрақты негізде жеке тұлғаның бар немесе болған тұрақты базасына жатады;

б) немесе мұндай жеке тұлға осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте тиісті салық жылынан басталатын немесе аяқталатын кез келген он екі айлық кезеңде жалпы жиыны 183 күннен асып түсетін кезеңнің немесе кезеңдердің ішінде болса немесе болған болса;

Мұндай жағдайда қызметтермен байланысты кіріс тұрақты мекемеге пайда сомасын белгілеу және кәсіпкерлік пайданы жатқызу үшін 7-баптағы ұқсас қағидаттардың қағидаттарына сәйкес осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) "Кәсіби қызметтер" термині, атап айтқанда, тәуелсіз ғылыми, әдеби, әртістік, білім беру немесе оқытушылық қызметтерді, сондай-ақ дәрігерлердің, заңгерлердің, инженерлердің, сәулетшілердің, тіс дәрігерлерінің және бухгалтерлердің тәуелсіз қызметтерін қамтиды.

15-бап

ТӘУЕЛДІ ЖЕКЕ ҚЫЗМЕТТЕР

(1) 16, 18, 19 және 20-баптардың ережелерін ескере отырып, Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті жалданып істеген жұмысына байланысты алған еңбекақыға, жалақыға және басқа да осындай сыйақыға, егер тек жалданып жұмыс істеу екінші Уағдаласушы Мемлекетте орындалмаса, осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады. Егер жалданып істейтін жұмыс осындай тәсілмен орындалса, осындай сыйақыға осыған байланысты алынған ретінде осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) 1-тармақтың ережелеріне қарамастан, екінші Уағдаласушы Мемлекетте орындалатын жалдау жұмысына қатысты Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті алған сыйақыға тек алғашқы аталған Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады, егер:

а) алушы тиісті салық жылында басталатын немесе аяқталатын кез келген он екі айлық кезеңнің шегінде жиынтығы 183 күннен аспайтын кезең немесе кезеңдер ішінде осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте тұрса,

b) және сыйақыны екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылмайтын жалдаушы төлесе немесе жалдаушының атынан төлесе,

c) және сыйақыны жалдаушының екінші Уағдаласушы Мемлекеттегі тұрақты мекемесі немесе тұрақты базасы төлемесе.

(3) Осы баптың мұның алдындағы ережелеріне қарамастан, халықаралық тасымалда пайдаланатын теңіз немесе әуе кемесінің бортында орындалатын жалдама жұмыстарға қатысты алынған сыйақыға теңіз немесе әуе кемесін пайдаланатын кәсіпорын резиденті болып табылатын Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

16-бап

ДИРЕКТОРЛАРДЫҢ ҚАЛАМАҚЫЛАРЫ

Екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын компанияның директорлар кеңесінің мүшесі ретінде Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті алған директорлардың қаламақыларына және басқа да сондай төлемдерге осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

17-бап

ӘРТИСТЕР МЕН СПОРТШЫЛАР

(1) 7, 14 және 15-баптардың ережелеріне қарамастан, Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті театр, кино, радио немесе теледидар әртісі немесе сазгер секілді өнер қызметкері ретінде немесе спортшы ретінде екінші Уағдаласушы Мемлекетте жүзеге асыратын өзінің жеке қызметінен алған табысына осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Егер өнер қызметкерінің немесе спортшының осы өзінің сипатында жүзеге асыратын жеке қызметінен алынатын табысы өнер қызметкерінің немесе спортшының өзіне емес, басқа тұлғаға есептелсе, бұл табысқа, 7, 14 және 15-баптардың ережелеріне қарамастан, өнер қызметкерінің немесе спортшының қызметі жүзеге асырылатын Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

18-бап

ЗЕЙНЕТАҚЫЛАР

19-баптың 2-тармағының ережелеріне сәйкес бұрын Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне жүзеге асыратын жұмысы үшін төленетін зейнетақыларға және басқа да осындай төлемдерге тек осы Уағдаласушы Мемлекетте салық салынады.

19-бап**МЕМЛЕКЕТТІК ҚЫЗМЕТ**

(1) а) кез келген жеке тұлғаға Уағдаласушы Мемлекет немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелері немесе жергілікті билік органы осы Уағдаласушы Мемлекетке немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелеріне немесе оның жергілікті билік органына көрсетілетін қызметке қатысты төлейтін зейнетақыдан басқа еңбекақыға, жалақыға немесе басқа ұқсас сыйақыға осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады;

б) Алайда мұндай еңбекақыға, жалақыға немесе басқа ұқсас сыйақыға, егер қызмет осы Уағдаласушы Мемлекетте жүзеге асырылса және осы Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын жеке тұлға:

(i) осы Уағдаласушы Мемлекеттің азаматы болып табылса;

(ii) немесе қызметті жүзеге асыру мақсатында ғана осы Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болмайтын болса, осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

(2) а) уағдаласушы Мемлекет немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелері немесе жергілікті билік органдары төлейтін немесе олар құрған қорлардан жеке тұлғаға осы Уағдаласушы Мемлекет немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелері немесе жергілікті билік органдары үшін жүзеге асырған қызметі үшін төленетін кез келген зейнетақыға тек осы Уағдаласушы Мемлекетте салық салынады;

б) Алайда, егер жеке тұлға осы Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті және азаматы болып табылса, мұндай зейнетақыға тек екінші Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

(3) Осы баптың 1-тармағының ережелері сол сияқты Австрияның Қазақстандағы сыртқы сауда өкіліне және Австрияның Қазақстандағы сыртқы сауда өкілдігінің қызметкерлеріне төленетін сыйақыға қатысты қолданылады.

(4) 15, 16, 17 және 18-баптардың ережелері Уағдаласушы Мемлекет немесе оның саяси-әкімшілік бөлімшелері немесе жергілікті билік органдары жүзеге асыратын кәсіпкерлік қызметке байланысты қызметке қатысты төленетін еңбекақыға, жалақыға және басқа да ұқсас сыйақы мен зейнетақыларға қолданылады.

20-бап**СТУДЕНТТЕР**

(1) Екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын немесе Уағдаласушы Мемлекетке барардың нақ алдында болып табылған және осы аталған Уағдаласушы Мемлекетте тек өзінің білім алуы немесе тағылымдамадан өтуі мақсатында ғана тұрып жатқан студент немесе практикант өзінің өмір сүру, білім алу немесе тәжірибеден өту мақсаты үшін алған сомаларға, бұл сомалардың көздері осы Уағдаласушы Мемлекеттен тыс жерде орналасқан кезде осы Уағдаласушы Мемлекетте салық салынбайды.

(2) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті болып табылатын немесе бұрын болып табылған студент немесе практиканттың тиісті салық жылында жалпы жиыны 183 күннен асып кетпейтін кезеңге немесе кезеңдерге екінші Уағдаласушы Мемлекетте жүзеге асыратын қызметі үшін алатын сыйақыға, егер жалдау бойынша жұмыс бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекетте жүзеге асырылатын оның білім алуына немесе тағылымдамадан өтуіне тікелей байланысты болса, осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынбайды.

21-бап

БАСҚА ДА ТАБЫСТАР

(1) Осы Конвенцияның алдыңғы баптарында айтылмаған Уағдаласушы Мемлекет резидентінің табыс түрлеріне оның пайда болу көзіне қарамастан, тек осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

(2) 6-баптың 2-тармағында айқындалған жылжымайтын мүліктен алынатын табыстан өзге табыстарға, егер мұндай табыстарды алушы бір Уағдаласушы Мемлекеттің резиденті бола тұра, екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан тұрақты мекеме арқылы кәсіпкерлік қызметті жүзеге асырса немесе осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан тұрақты базаның көмегімен тәуелсіз жеке қызметтер ұсынса және табыс төлеу жүргізілуіне байланысты құқық немесе мүлік іс жүзінде осындай тұрақты мекемеге немесе тұрақты базаға қатысты болса, 1-тармақтың ережесі қолданылмайды. Мұндай жағдайда, мән-жайларға қарай 7-баптың немесе 14-баптың ережелері қолданылады.

22-бап

КАПИТАЛ

(1) Уағдаласушы Мемлекет резидентіне тиесілі және екінші Уағдаласушы Мемлекетте орналасқан, 6-бапта айтылған жылжымайтын мүлік ретінде ұсынылған капиталға осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(2) Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекетте ие болып отырған тұрақты мекеменің кәсіпкерлік мүлкінің бөлігін құрайтын жылжымалы мүлік немесе тәуелсіз жеке қызметтер көрсету үшін екінші Уағдаласушы Мемлекетте Уағдаласушы Мемлекет резидентінің билігінде бар тұрақты базаға қатысты жылжымалы мүлік түрінде ұсынылған капиталға осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте салық салынуы мүмкін.

(3) Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне тиісті теңіз және әуе кемелерімен және халықаралық тасымалда пайдаланатын және осындай теңіз және әуе кемелерін пайдалануға байланысты жылжымалы мүлік түрінде ұсынылған капиталға осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

(4) Уағдаласушы Мемлекет резиденті капиталының барлық басқа элементтеріне осы Уағдаласушы Мемлекетте ғана салық салынады.

23-бап**ҚОСАРЛАНҒАН САЛЫҚ САЛУДЫ БОЛДЫРМАУ**

(1) Австрияда қосарланған салық салуды болдырмау мынадай түрде жүргізіледі:

а) егер Австрия резиденті осы Конвенцияның ережелеріне сәйкес Қазақстанда салық салынатын табыс алса немесе капиталға ие болса, Австрия b), c) және d) тармақшаларының ережелеріне сәйкес мұндай табысты немесе капиталды салықтан босатуы тиіс.

b) егер Австрия резиденті 10, 11 және 12-баптардың ережелеріне сәйкес Қазақстанда салық салынуы мүмкін табыс алса, Австрия осы резиденттің табысына салынатын салықтан Қазақстанда төленген салыққа тең соманы шегеруді ұсынады. Мұндай шегерім, алайда, Қазақстанда алынған осындай табыс түріне жататын шегерімді ұсынғанға дейін есептелген салықтың сол бөлігінен аспайды;

c) 10-баптың 2-тармағының а) тармақшасында қамтылған және Австрия резиденті болып табылатын компанияға Қазақстан резиденті болып табылатын компания төлейтін дивидендтер Австрияның ішкі заңдарының тиісті ережелеріне сәйкес, бірақ заңдарда талап етілетін холдингтің ең аз шамасынан кез келген ауытқуларға қарамастан, Австрияда салық салудан босатылады;

d) Егер осы Конвенцияның кез келген ережелеріне сәйкес алынатын табыс немесе Австрия резидентіне тиесілі капитал Австрияда салықтан босатылса, Австрия, алайда, осындай резиденттің қалған табысына немесе капиталына салынатын салық сомасын есептеу кезінде босатылған табысты немесе капиталды ескерсін;

e) Қазақстанда осы Конвенцияға сәйкес салық салынатын ретінде Австрия қарайтын Австрия резиденті алған табысқа, егер өзара келісу рәсімін өткізгеннен кейін Қазақстан осы Конвенцияның негізінде мұндай табысты салық салудан босатса, Австрияда салық салынуы мүмкін.

(2) Қазақстанда қосарланған салық салуды болдырмау мынадай түрде жүргізілуі мүмкін:

a) Егер Қазақстанның резиденті осы Конвенцияның ережелеріне сәйкес Австрияда салық салынуы мүмкін табыс алса немесе капиталға ие болса, Қазақстан:

(i) бұл резиденттің табысына салынатын салықтан, оның Австрияда төлеген табыс салығына тең соманы шегеруге;

(ii) бұл резиденттің капиталына салынатын салықтан, оның Австрияда төлеген капиталына салынатын салыққа тең соманы шегеруге мүмкіндік береді.

Жоғарыда келтірілген ережелерге сәйкес шегерілетін салық мөлшері Қазақстанда қолданылатын ставкалар бойынша сондай табысқа есептелген салықтан аспауы тиіс;

b) егер Қазақстанның резиденті осы Конвенцияның ережелеріне сәйкес Австрияда ғана салық салынуы мүмкін табыс алса немесе капиталға ие болса, бірақ Қазақстанда салық салуға ұшырайтын осындай басқа табысқа немесе капиталға салық ставкасын белгілеу

мақсатында ғана Қазақстан осы табысты немесе капиталды салық салу базасына енгізуі мүмкін.

24-бап

КЕМСІТПЕУ

(1) Уағдаласушы Мемлекеттің ұлттық тұлғалары, атап айтқанда, резиденттікке қатысты ұшырайтын немесе ұшырауы мүмкін салық салудан немесе осыларға байланысты міндеттемелерден өзгеше немесе біршама ауыртпалықты кез келген салық салуға немесе осыларға байланысты кез келген міндеттемеге, екінші Уағдаласушы Мемлекеттің ұлттық тұлғалары тап сондай жағдайда екінші Уағдаласушы Мемлекетте ұшырамайды. Осы ереже 1-баптың ережелеріне қарамастан, сондай-ақ Уағдаласушы Мемлекеттердің бірінің немесе екеуінің де резиденттері болып табылмайтын тұлғаларға да қолданылады.

(2) Уағдаласушы Мемлекеттің резиденттері болып табылатын азаматтығы жоқ тұлғалар, атап айтқанда, резиденттікке қатысты ұшырайтын немесе ұшырауы мүмкін салық салудан немесе осыларға байланысты міндеттемелерден өзгеше немесе біршама ауыртпалықты кез келген салық салуға немесе осыларға байланысты кез келген міндеттемеге, тиісті екінші Уағдаласушы Мемлекеттің ұлттық тұлғалары тап сондай жағдайда қандай да Уағдаласушы Мемлекетте ұшырамауы тиіс.

(3) Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорны екінші Уағдаласушы Мемлекетте ие болып отырған тұрақты мекемеге салық салу осындай қызметті жүзеге асыратын осы екінші Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорындарына салық салуға қарағанда осы екінші Уағдаласушы Мемлекетте біршама қолайсыздау болмауы тиіс. Осы ереже бір Уағдаласушы Мемлекетті екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резиденттеріне олардың азаматтық мәртебесі немесе ол өздерінің резиденттеріне беретін отбасы жағдайы негізінде салық салу мақсаттары үшін мұндай жеке салықтық жеңілдіктер, шегерімдер мен шегерістер берілетіндей болып пайымдалмауы тиіс.

(4) 9-баптың 1-тармағының, 11-баптың 9-тармағының немесе 12-баптың 6-тармағының ережелері қолданылатын жағдайларды қоспағанда, Уағдаласушы Мемлекеттің екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне төлейтін пайыздар, роялти және басқа да төлемдер осындай кәсіпорынның салық салынатын пайдасын айқындау мақсаты үшін олар бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне қалай төленсе, нақ осындай жағдайлар кезінде шегеріліп тастауға жатады. Уағдаласушы Мемлекет кәсіпорнының екінші Уағдаласушы Мемлекеттің резидентіне осыған ұқсас кез келген берешегі осындай кәсіпорынның салық салынатын капиталын айқындау мақсаты үшін бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекет резидентінің берешегі жағдайларындағыдай шегеруге жатады.

(5) Капиталы екінші Уағдаласушы Мемлекеттің бір немесе бірнеше резиденттеріне толық немесе ішінара тиесілі немесе олар тікелей немесе жанама түрде бақылауға алып отырған Уағдаласушы Мемлекеттің кәсіпорнына бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекеттің басқа осындай кәсіпорындары ұшырайтын немесе ұшырауы мүмкін салық салуға және соған байланысты міндеттемелерге қарағанда өзгешеленетін немесе неғұрлым ауыртпалықты болып табылатын кез келген салық салуға немесе соған байланысты қандай да бір

өзгешеленетін міндеттемелерге бірінші аталған Уағдаласушы Мемлекетте қолданылмауы тиіс.

(6) 2-баптың ережелеріне қарамастан, осы баптың ережелері кез келген салықтың түріне қолданылады.

25-бап

ӨЗАРА КЕЛІСУ РӘСІМІ

(1) Егер тұлға Уағдаласушы Мемлекеттердің бірінің немесе екеуінің де іс-әрекеттері өзін осы Конвенцияның ережелеріне сәйкес келмейтін салық салуға әкеп соғып отыр немесе әкеп соғатын болады деп санаса, ол осы Уағдаласушы Мемлекеттердің ішкі заңдарында көзделген қорғану құралдарына қарамастан, өзінің ісін өзі резидент болып табылатын Уағдаласушы Мемлекеттің немесе егер оның ісі 24-баптың 1-тармағына қатысты болса, өзі ұлттық тұлғасы болып табылатын сол Уағдаласушы Мемлекеттің құзыретті органының қарауына бере алады. Өтініш осы Конвенцияның ережелеріне сәйкес келмейтін салық салуға әкеп соққан іс-әрекеттер туралы алғашқы хабар берілген сәттен бастап үш жыл ішінде берілуі тиіс.

(2) Құзыретті орган, егер ол өтінішті негізді деп санаса және егер өзі қанағаттанарлық шешімге келе алмаса, осы Конвенцияға сәйкес келмейтін салық салуды болдырмау мақсатында істі екінші Уағдаласушы Мемлекеттің құзыретті органымен өзара келісім бойынша шешуге ұмтылады. Кез келген қол жеткізілген уағдаластық Уағдаласушы Мемлекеттердің ұлттық заңдарында көзделген кез келген уақыт шектеулеріне қарамастан орындалатын болады.

(3) Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары Конвенцияны пайымдау немесе қолдану кезінде туындайтын кез келген қиындықтарды немесе күмән-күдіктерді өзара келісе отырып шешуге ұмтылатын болады. Олар, сондай-ақ Конвенцияда көзделмеген жағдайларда қосарланған салық салуды жою мақсатымен бір-бірімен консультация өткізе алады.

(4) Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары мұның алдындағы тармақтарды келісуге қол жеткізу мақсаты үшін олардың өздерінен немесе олардың өкілдерінен тұратын бірлескен комиссия шеңберінде осындай алмасу болатын бір-бірімен тікелей байланыс жасай алады.

26-бап

АҚПАРАТ АЛМАСУ

(1) Уағдаласушы Мемлекеттердің құзыретті органдары осы заңдар бойынша қандай салық салу осы Конвенцияға қайшы келмейтіндей дәрежеде осы Конвенция қолданылатын салықтарға қатысты осы Конвенцияның ережелерін орындау үшін қажетті ақпарат алмасып тұрады. Ақпарат алмасу 1-баппен шектелмейді. Уағдаласушы Мемлекет алған кез келген ақпарат осы Уағдаласушы Мемлекеттің ішкі заңдарының шеңберіндегі тәсілмен алынған ақпарат секілді құпия болып есептеледі және Конвенция қолданылатын бағалаумен немесе

салықтарға қатысты жинаумен, мәжбүрлі өндіріп алумен немесе сотпен қудалаумен немесе шағымдарды караумен айналысатын тұлғаларға немесе органдарға ғана (соттар мен әкімшілік органдарды қоса алғанда) хабарланады. Мұндай тұлғалар немесе органдар ақпаратты осы мақсаттар үшін ғана пайдаланады. Олар бұл ақпаратты ашық сот мәжілісі барысында немесе сот шешімдерін қабылдау кезінде аша алады.

(2) Ешқандай жағдайда 1-тармақтың ережелері Уағдаласушы Мемлекетке:

а) осы немесе екінші Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары мен әкімшілік практикасына қайшы келетін әкімшілік шараларын қолдану;

б) осы немесе екінші Уағдаласушы Мемлекеттің заңдары бойынша немесе әдеттегі әкімшілік практикасы барысында алуға болмайтын ақпарат беру;

с) қандай да болмасын бір сауда, кәсіпкерлік, өнеркәсіптік, коммерциялық немесе кәсіптік құпияны немесе сауда процесін ашуы мүмкін ақпарат немесе ашылуы мемлекеттік саясатқа (қоғамдық тәртіпке) қайшы келуі мүмкін ақпарат беру міндеттемесін жүктейтіндей мағынада түсіндірілмейді.

27-бап

ДИПЛОМАТИЯЛЫҚ ӨКІЛДІКТЕРДІҢ ЖӘНЕ КОНСУЛДЫҚ МЕКЕМЕЛЕРДІҢ ҚЫЗМЕТКЕРЛЕРІ

Осы Конвенцияда халықаралық құқықтың жалпы нормаларымен немесе арнаулы келісімдердің ережелеріне сәйкес дипломатиялық өкілдіктердің және консулдық мекемелердің қызметкерлеріне берілген салықтық артықшылықтарды ешнәрсе де қозғамайды.

28-бап

КҮШІНЕ ЕНУІ

(1) Осы Конвенция бекітуге жатады және әрбір Уағдаласушы Мемлекеттің ішкі заңдарында көзделген оның күшіне енуіне арналған рәсімдерді екі Уағдаласушы Мемлекеттің де орындағанын көрсететін соңғы хабарлама күнінен кейін 30-күні күшіне енеді.

(2) Конвенция:

а) Конвенция күшіне енген жылдан кейінгі күнтізбелік жылдың 1 қаңтарынан бастап немесе 1 қаңтарынан кейін төленген немесе есептелген сомаға қатысты көзден ұсталған салықтарға;

б) және Конвенция күшіне енген жылдан кейінгі күнтізбелік жылдың 1 қаңтарынан бастап немесе 1 қаңтарынан кейін басталған салық салынатын кезеңге қатысты салықтарға қолданылады.

ХАТТАМА

Австрия Республикасы мен Қазақстан Республикасы арасындағы Табыс пен капиталға салынатын салықтарға қатысты Конвенцияға қол қойған кезде төменде қол қойғандар мынадай ережелердің Конвенцияның ажырамас бөлігін құрайтынына келісті.

Конвенцияға түсінік беру

Табыс пен капиталға OECD Конвенциясы үлгісінің ережелеріне сәйкес жасалған осы Конвенцияның ережелері, жалпы алғанда, бұл OECD түсініктемелерінде айтылғандай мәні бар деп есептелетіні ұғынылады. Уақыт өткен сайын қайта қаралуы мүмкін түсініктемелер 1969 жылғы 23 мамырдағы Халықаралық шарттардың құқығы туралы Вена Конвенциясына сәйкес келетін түсіндіру құралын құрайды.

10-баптың 6-тармағына қатысты

Табыс пен капиталға салынатын салықтарға қатысты осы Конвенция Қазақстан мен Конвенция осы Конвенцияның 10-бабының 6-тармағында көзделген қосымша салық көзделмейтін Экономикалық ынтымақтастық және даму ұйымына мүше болып табылатын ел арасында әзірге осы уақытта қолданылса, мұнда сөз болып отырған қосымша салық Австрия резидент-кәсіпорындарынан өндіріліп алынбайды.

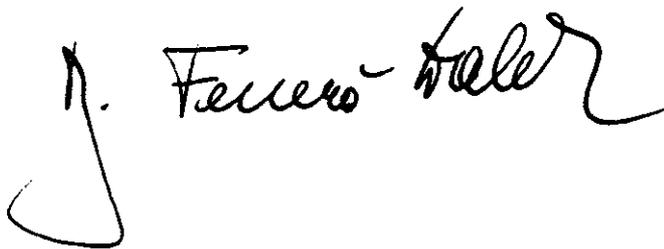
11 және 12-баптарға қатысты

Егер Қазақстан мен Экономикалық ынтымақтастық және даму ұйымына мүше болып табылатын үшінші Мемлекет арасындағы кез келген Конвенцияда 11-баптың 2-тармағында немесе 12-баптың 2-тармағында көрсетілген 10 проценттен төмен салық ставкасын Қазақстан қабылдаса және бұл Конвенция осы Конвенция күшіне енген күнге дейін не кейін күшіне енсе, Қазақстанның құзыретті органы бұл Конвенция күшіне енгеннен кейін дереу үшінші Мемлекетпен бұл Конвенцияның тиісті тармағының ережелері туралы Австрияның құзыретті органын хабарлайтынына және мұндай төмен ставка қайсысы кешірек күшіне енетініне қарай, сол Конвенцияның немесе осы Конвенцияның күшіне енген күнінен бастап мән-жайларға қарай осы Конвенцияның 11-бабының 2-тармағында немесе 12-баптың 2-тармағында көзделген 10 процентті алмастыратынына Уағдаласушы Мемлекеттер келісті.

Осыны куәландыру ретінде, тиісті дәрежеде өкілеттік берілген төмендегі қол қоюшылар осы Хаттамаға қол қойды.

200 4 жылғы қарқуілек айының 10 күні Вена қаласында неміс, қазақ, ағылшын және орыс тілдерінде екі данада жасалды, барлық мәтіндердің күші бірдей. Мәтіндер арасында алшақтық болған жағдайда, ағылшынша мәтін айқындаушы болып табылады.

АВСТРИЯ
РЕСПУБЛИКАСЫ ҮШІН



ҚАЗАҚСТАН
РЕСПУБЛИКАСЫ ҮШІН



КОНВЕНЦИЯ

МЕЖДУ АВСТРИЙСКОЙ РЕСПУБЛИКОЙ И РЕСПУБЛИКОЙ КАЗАХСТАН В ОТНОШЕНИИ НАЛОГОВ НА ДОХОД И КАПИТАЛ

Австрийская Республика и Республика Казахстан,
желая заключить Конвенцию в отношении налогов на доход и капитал,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

ЛИЦА, К КОТОРЫМ ПРИМЕНЯЕТСЯ КОНВЕНЦИЯ

Настоящая Конвенция применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

НАЛОГИ, НА КОТОРЫЕ РАСПРОСТРАНЯЕТСЯ КОНВЕНЦИЯ

(1) Настоящая Конвенция применяется к налогам на доход и капитал, взимаемым от имени Договаривающегося Государства или его политико-административных подразделений, или местных органов власти, независимо от метода их взимания.

(2) Налогами на доход и капитал считаются все виды налогов, взимаемые с общей суммы дохода, общей суммы капитала или отдельных элементов дохода или капитала, включая налоги на доходы от отчуждения движимого или недвижимого имущества, налоги, взимаемые с общей суммы жалованья или заработной платы, выплачиваемых предприятиями, а также налоги на прирост стоимости капитала.

(3) Существующими налогами, на которые распространяется Конвенция, являются, в частности:

а) в Австрии:

- (i) подоходный налог (die Einkommensteuer);
- (ii) корпоративный налог (die Körperschaftsteuer);
- (iii) земельный налог (die Grundsteuer);
- (iv) налог на сельскохозяйственные и лесные предприятия (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- (v) налог на стоимость свободного (незанятого, незастроенного) участка земли (die Abgabe von Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

б) в Казахстане:

- (i) корпоративный подоходный налог;
- (ii) индивидуальный подоходный налог;
- (iii) налог на имущество.

(4) Конвенция также применяется к любым идентичным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после даты подписания Конвенции в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств уведомят друг друга о любых существенных изменениях в их соответствующем налоговом законодательстве.

Статья 3

ОБЩИЕ ОПРЕДЕЛЕНИЯ

(1) Для целей настоящей Конвенции, если из контекста не вытекает иное:

а) термины:

(i) «Австрия» означает Австрийскую Республику;

(ii) «Казахстан» означает Республику Казахстан, и при использовании в географическом смысле термин «Казахстан» включает территориальные воды, а также исключительную экономическую зону и континентальный шельф, в которых Казахстан может для определенных целей осуществлять суверенные права и юрисдикцию в соответствии с международным правом и в которых применяются законы, регулирующие налоги Казахстана;

б) термин «лицо» включает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;

с) термин «компания» означает любую правосубъектную организацию или любую самостоятельную правовую единицу, которая для целей налогообложения рассматривается как правосубъектная организация;

д) термины «предприятие Договаривающегося Государства» и «предприятие другого Договаривающегося Государства» означают соответственно предприятие, управляемое резидентом Договаривающегося Государства, и предприятие, управляемое резидентом другого Договаривающегося Государства;

е) термин «международная перевозка» означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами в другом Договаривающемся Государстве;

ф) термин «компетентный орган» означает:

(i) в Австрии: Федерального министра финансов и его уполномоченного представителя;

(ii) в Казахстане: Министерство финансов или его уполномоченного представителя;

г) термин «национальное лицо» означает:

(i) любое физическое лицо, имеющее гражданство Договаривающегося Государства;

(ii) любое юридическое лицо, товарищество или ассоциацию, получивших такой статус на основании действующего законодательства Договаривающегося Государства.

(2) При применении в любое время Конвенции Договаривающимся Государством любой термин, не определенный в ней, будет иметь то значение, если из контекста не вытекает иное, которое он имеет в это время по законодательству этого Договаривающегося Государства для целей налогообложения, на которые распространяется Конвенция, причем любое значение по применяемому налоговому законодательству Договаривающегося Государства преобладает над значением, придаваемым термину по другим законам этого Договаривающегося Государства.

Статья 4

РЕЗИДЕНТ

(1) Для целей настоящей Конвенции термин “резидент Договаривающегося Государства” означает любое лицо, которое согласно законодательству этого Договаривающегося Государства подлежит в нем налогообложению на основании его местожительства, резидентства, места управления, места создания или любого другого критерия аналогичного характера, и также включает это Договаривающееся Государство и любое его политико-административное подразделение или местный орган власти. Он включает также любой пенсионный фонд или аналогичное учреждение и любую благотворительную организацию, учрежденные согласно законодательству Договаривающегося Государства, доход которых освобождается от налога в этом Договаривающемся Государстве. Однако этот термин не включает любое лицо, которое подлежит налогообложению в этом Договаривающемся Государстве только в отношении дохода из источников в этом Договаривающемся Государстве или в отношении находящегося в нем капитала.

(2) Если в соответствии с положениями пункта 1 физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то его статус определяется следующим образом:

a) оно считается резидентом только этого Договаривающегося Государства, в котором оно располагает имеющимся в его распоряжении постоянным жильем; если оно располагает имеющимся в его распоряжении постоянным жильем в обоих Договаривающихся Государствах, оно считается резидентом Договаривающегося Государства, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);

b) если Договаривающееся Государство, в котором оно имеет центр жизненных интересов, не может быть определено или если оно не располагает имеющимся в его распоряжении постоянным жильем ни в одном из Договаривающихся Государств, оно считается резидентом только того Договаривающегося Государства, в котором оно обычно проживает;

c) если оно обычно проживает в обоих Договаривающихся Государствах или ни в одном из них, оно считается резидентом только того Договаривающегося Государства, гражданином которого оно является;

d) если оно не является гражданином ни одного из Договаривающихся Государств, компетентные органы Договаривающихся Государств решают данный вопрос по взаимному согласию.

(3) Если в соответствии с положениями пункта 1 лицо, иное чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, оно считается резидентом только того Договаривающегося Государства, в котором находится место его эффективного управления.

Статья 5

ПОСТОЯННОЕ УЧРЕЖДЕНИЕ

(1) Для целей настоящей Конвенции термин “постоянное учреждение” означает постоянное место деятельности, через которое полностью или частично осуществляется предпринимательская деятельность предприятия.

(2) Термин “постоянное учреждение”, в частности, включает:

- a) место управления;
- b) отделение;
- c) офис;
- d) фабрику;
- e) мастерскую;
- f) и шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

(3) Термин “постоянное учреждение” также включает:

a) строительную площадку или строительный, монтажный или сборочный объект, или услуги, связанные с наблюдением за выполнением этих работ, если только такая площадка или объект существуют в течение более чем 12 месяцев или такие услуги оказываются в течение более чем 12 месяцев;

b) и установку или сооружение, используемые для разведки природных ресурсов, или услуги, связанные с наблюдением за выполнением этих работ, или буровую установку, или судно, используемые для разведки природных ресурсов, если только такое использование длится в течение более чем 12 месяцев или такие услуги оказываются в течение более чем 12 месяцев.

(4) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, термин “постоянное учреждение” не рассматривается как включающий:

a) использование сооружений исключительно для целей хранения, демонстрации или доставки товаров или изделий, принадлежащих предприятию;

b) содержание запасов товаров или изделий, принадлежащих предприятию, исключительно для целей хранения, демонстрации или доставки;

с) содержание запасов товаров или изделий, принадлежащих предприятию, исключительно для целей переработки другим предприятием;

d) содержание постоянного места деятельности исключительно для целей закупки товаров или изделий или для сбора информации для предприятия;

e) содержание постоянного места деятельности исключительно для целей осуществления для предприятия любой другой деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

f) содержание постоянного места деятельности исключительно для осуществления любой комбинации видов деятельности, перечисленных в подпунктах от а) до е) включительно, при условии, что совокупная деятельность постоянного места деятельности, возникающая в результате такой комбинации, имеет подготовительный или вспомогательный характер.

(5) Несмотря на положения пунктов 1 и 2, если лицо, иное чем агент с независимым статусом, к которому применяется пункт 6, действует от имени предприятия и имеет, и обычно использует в Договариваемом Государстве полномочия заключать контракты от имени предприятия, то это предприятие рассматривается как имеющее постоянное учреждение в этом Договариваемом Государстве в отношении любой деятельности, которую это лицо предпринимает для предприятия, если только деятельность такого лица не ограничивается деятельностью, упомянутой в пункте 4, которая, если и осуществляется через постоянное место деятельности, не превращает это постоянное место деятельности в постоянное учреждение согласно положениям этого пункта.

(6) Предприятие не рассматривается как имеющее постоянное учреждение в Договариваемом Государстве только потому, что оно осуществляет предпринимательскую деятельность в этом Договариваемом Государстве через брокера, комиссионера или любого другого агента с независимым статусом при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

(7) Тот факт, что компания, являющаяся резидентом Договариваемого Государства, контролирует или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договариваемого Государства или которая осуществляет предпринимательскую деятельность в этом другом Договариваемом Государстве (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой.

Статья 6

ДОХОД ОТ НЕДВИЖИМОГО ИМУЩЕСТВА

(1) Доход, получаемый резидентом Договариваемого Государства от недвижимого имущества (включая доход от сельского или лесного хозяйства), находящегося в другом Договариваемом Государстве, может облагаться налогом в этом другом Договариваемом Государстве.

(2) Термин “недвижимое имущество“ имеет то значение, которое он имеет по законодательству Договаривающегося Государства, в котором находится рассматриваемое имущество. Термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения общего права в отношении земельной собственности, узуфрукт недвижимого имущества и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных ресурсов, источников и других природных ресурсов. Морские и воздушные суда не рассматриваются в качестве недвижимого имущества.

(3) Положения пункта 1 применяются к доходу, полученному от прямого использования, сдачи в аренду или использования недвижимого имущества в любой другой форме.

(4) Положения пунктов 1 и 3 также применяются к доходу от недвижимого имущества предприятия и к доходу от недвижимого имущества, используемого для оказания независимых личных услуг.

Статья 7

ПРИБЫЛЬ ОТ ПРЕДПРИНИМАТЕЛЬСКОЙ ДЕЯТЕЛЬНОСТИ

(1) Прибыль предприятия Договаривающегося Государства облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве, если только предприятие не осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное там постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет предпринимательскую деятельность как сказано выше, то прибыль предприятия может облагаться налогом в другом Договаривающемся Государстве, но только в той части, которая относится к такому постоянному учреждению.

(2) С учетом положений пункта 3, если предприятие Договаривающегося Государства осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное там постоянное учреждение, то в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному учреждению относится прибыль, которую оно могло бы получить, если бы оно было обособленным и отдельным предприятием, занятым такой же или аналогичной деятельностью, при таких же или аналогичных условиях и действовало в полной независимости от предприятия, постоянным учреждением которого оно является.

(3) При определении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, которые понесены для целей постоянного учреждения, включая управленческие и общеадминистративные расходы независимо от того, понесены они в Договаривающемся Государстве, в котором расположено постоянное учреждение или в другом месте.

(4) Насколько это принято Договаривающимся Государством определять прибыль, относящуюся к постоянному учреждению на основе пропорционального распределения общей суммы прибыли предприятия к его различным подразделениям, ничто в пункте 2 не препятствует этому Договаривающемся Государству определять налогооблагаемую прибыль посредством такого распределения, как это принято обычной практикой. Однако

выбранный метод пропорционального распределения должен давать результаты, соответствующие принципам, содержащимся в настоящей статье.

(5) Не зачисляется какая - либо прибыль постоянному учреждению на основании лишь закупки этим постоянным учреждением товаров или изделий для предприятия.

(6) Для целей предыдущих пунктов прибыль, относящаяся к постоянному учреждению, определяется одинаковым способом из года в год, если не имеется достаточных и веских причин для изменения такого порядка.

(7) Если прибыль включает виды доходов, о которых отдельно говорится в других статьях настоящей Конвенции, то положения этих статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

(8) Термин «прибыль» при использовании в настоящей статье включает прибыль, полученную любым партнером от участия в партнерстве, и в Австрии - от участия в «спящем» партнерстве (Stille Gesellschaft), созданном в соответствии с законодательством Австрии.

Статья 8

МОРСКОЙ И ВОЗДУШНЫЙ ТРАНСПОРТ

(1) Прибыль, полученная резидентом Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международной перевозке, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

(2) Положения пункта 1 применяются также к прибыли от участия в пуле, совместном предприятии или международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9

АССОЦИИРОВАННЫЕ ПРЕДПРИЯТИЯ

(1) Если:

а) предприятие Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства;

б) или одни и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства

и в любом случае между двумя предприятиями в их коммерческих или финансовых взаимоотношениях создаются или устанавливаются условия, отличные от тех, которые имели бы место между двумя независимыми предприятиями, то любая прибыль, которая могла бы быть начислена одному из них, но из-за наличия этих условий не была ему

начислена, может быть включена в прибыль этого предприятия и, соответственно, обложена налогом.

(2) Если Договаривающееся Государство включает в прибыль предприятия этого Договаривающегося Государства и, соответственно, облагает налогом прибыль, по которой предприятие другого Договаривающегося Государства облагается налогом в этом другом Договаривающемся Государстве, и прибыль, таким образом включенная, является прибылью, которая была бы начислена предприятию первого упомянутого Договаривающегося Государства, если бы взаимоотношения между двумя предприятиями были бы такими, которые существуют между независимыми предприятиями, тогда это другое Договаривающееся Государство сделает соответствующую корректировку суммы взимаемого с такой прибыли налога. При определении такой корректировки должны быть учтены другие положения настоящей Конвенции и компетентные органы Договаривающихся Государств должны при необходимости консультироваться друг с другом.

Статья 10

ДИВИДЕНДЫ

(1) Дивиденды, выплачиваемые компанией, которая является резидентом Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

(2) Однако такие дивиденды могут также облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, в соответствии с законодательством этого Договаривающегося Государства, но если фактический владелец дивидендов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то взимаемый таким образом налог не должен превышать:

- a) 5 процентов общей суммы дивидендов, если фактическим владельцем является компания, которая прямо владеет не менее чем 10 процентами капитала компании, выплачивающей дивиденды;
- b) 15 процентов общей суммы дивидендов во всех остальных случаях;

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении прибыли, из которой выплачиваются дивиденды.

(3) Термин «дивиденды» при использовании в настоящей Статье означает доход от акций, акций «jouissance» или прав пользования «jouissance», акций предприятий горной промышленности, акций учредителей или других прав, не являющихся долговыми требованиями, но дающих право на доход от участия в прибыли, а также доход от других корпоративных прав, который подлежит такому же налоговому регулированию, как доход от акций, в соответствии с законодательством Договаривающегося Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль.

(4) Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если фактический владелец дивидендов, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом

которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное там постоянное учреждение или оказывает в этом другом Договаривающемся Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базой и холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, действительно связан с таким постоянным учреждением или постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 в зависимости от обстоятельств.

(5) Если компания, которая является резидентом Договаривающегося Государства, получает прибыль или доход из другого Договаривающегося Государства, это другое Договаривающееся Государство может освободить от налога дивиденды, выплачиваемые этой компанией, кроме случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Договаривающегося Государства или когда холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, действительно связан с постоянным учреждением или постоянной базой, находящимися в этом другом Договаривающемся Государстве, и с нераспределенной прибылью компании не взимается налог на нераспределенную прибыль, даже если выплачиваемые дивиденды или нераспределенная прибыль состоят полностью или частично из дохода, образующегося в этом другом Договаривающемся Государстве.

(6) Ничто в настоящей Конвенции не может быть истолковано как препятствующее Договаривающемуся Государству облагать дополнительным налогом прибыль компании, относящуюся к постоянному учреждению в этом Договаривающемся Государстве, налогом в дополнение к налогу, который начисляется на прибыль компании, являющейся резидентом этого Договаривающегося Государства, при условии, что любой дополнительный налог, начисленный таким образом, не превысит 5 процентов суммы такой прибыли. Для целей настоящего пункта прибыль определяется после вычета из нее всех налогов, иных чем дополнительный налог, упомянутый в настоящем пункте, взыскиваемых в Договаривающемся Государстве, в котором расположено постоянное учреждение, и сниженных на сумму 50 процентов такой прибыли.

Статья 11

ПРОЦЕНТЫ

(1) Проценты, возникающие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(2) Однако такие проценты могут также облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором они возникают, в соответствии с законодательством этого Договаривающегося Государства, но если фактический владелец процентов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то взимаемый таким образом налог не должен превышать 10 процентов от общей суммы процентов.

(3) Несмотря на положения пункта 2, проценты, возникающие в одном из Договаривающихся Государств, освобождаются от налога в этом Договаривающемся Государстве при условии, если они получены и принадлежат:

а) Правительству, политико-административному подразделению или местным органам власти другого Договаривающегося Государства;

б) или Центральному банку другого Договаривающегося Государства или любому другому правительственному банку или финансовому учреждению/агентству, что будет взаимно согласовано между Договаривающимися Государствами.

(4) Несмотря на положения пункта 2, проценты, возникающие в Казахстане и выплачиваемые резиденту Австрии, освобождаются от налога в Казахстане, если они выплачиваются в отношении займа, предоставленного, гарантированного или застрахованного или любого другого долгового требования, или кредита, гарантированного или застрахованного Oesterreichische Kontrollbank AG.

(5) Проценты, возникающие в Договаривающемся Государстве, облагаются налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если:

а) получателем, а также фактическим владельцем процентов является предприятие этого другого Договаривающегося Государства,

б) и проценты, выплачиваемые в отношении задолженностей, возникающих при продаже в кредит предприятием любых изделий или промышленного, коммерческого или научного оборудования предприятию первого упомянутого Договаривающегося Государства.

(6) Термин "проценты" при использовании в настоящей статье означает доход от долговых требований любого вида, обеспеченных или не обеспеченных залогом и дающих или не дающих право на участие в прибыли должников, а также доход от правительственных ценных бумаг и доход от облигаций или долговых обязательств, включая премии и выигрыши по этим ценным бумагам, облигациям или долговым обязательствам. Штрафы за несвоевременные выплаты не рассматриваются в качестве процентов для целей настоящей статьи.

(7) Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если фактический владелец процентов, являющийся резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают проценты, через расположенное там постоянное учреждение или оказывает в этом другом Договаривающемся Государстве независимые личные услуги с расположенной там постоянной базы, и долговое требование, в отношении которого выплачиваются проценты, действительно относится к такому постоянному учреждению или постоянной базе. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 в зависимости от обстоятельств.

(8) Считается, что проценты возникают в Договаривающемся Государстве, если плательщиком является резидент этого Договаривающегося Государства. Если, однако, лицо, выплачивающее проценты, независимо от того, является ли оно резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, в связи с которыми возникла задолженность, по которой выплачиваются проценты, и такие проценты выплачиваются таким постоянным учреждением или постоянной базой, то считается, что такие проценты возникают в Договаривающемся Государстве, в котором расположено такое постоянное учреждение или постоянная база.

(9) Если по причине специальных отношений между плательщиком и фактическим владельцем процентов или между ними обоими и каким-либо другим лицом сумма процентов, относящаяся к долговому требованию, на основании которого она

выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем процентов при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная часть платежа подлежит налогообложению в соответствии с законодательством каждого Договаривающегося Государства с учетом других положений настоящей Конвенции.

Статья 12

РОЯЛТИ

(1) Роялти, возникающие в Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(2) Однако такие роялти также могут облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором они возникают, в соответствии с законодательством этого Договаривающегося Государства, но если получатель - фактический владелец роялти является резидентом другого Договаривающегося Государства, то налог, взимаемый таким образом, не должен превышать 10 процентов от общей суммы роялти.

(3) Термин "роялти" при использовании в настоящей статье означает платежи любого вида, получаемые в качестве вознаграждения за использование или за предоставление права использования любого авторского права на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, любой патент, торговую марку, дизайн или модель, план, секретную формулу или процесс или за информацию, касающуюся промышленного, коммерческого или научного опыта.

(4) Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если фактический владелец роялти, являющийся резидентом Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникли роялти, через расположенное там постоянное учреждение или оказывает независимые личные услуги в этом другом Договаривающемся Государстве с расположенной там постоянной базой, и право или имущество, в отношении которого выплачиваются роялти, действительно связано с таким постоянным учреждением или постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 в зависимости от обстоятельств.

(5) Считается, что роялти возникают в Договаривающемся Государстве, если плательщиком является резидент этого Договаривающегося Государства. Если, однако, лицо, выплачивающее роялти, независимо от того, является оно резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, в связи с которыми возникло обязательство выплатить роялти, и такие роялти связаны с этим постоянным учреждением или постоянной базой, тогда такие роялти считаются возникшими в Договаривающемся Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

(6) Если вследствие особых отношений между плательщиком и фактическим владельцем роялти или между ними обоими и каким-либо другим лицом сумма роялти, относящаяся к использованию, праву или информации, на основании которых она

выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем роялти при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная часть платежа подлежит налогообложению в соответствии с законодательством каждого Договаривающегося Государства с должным учетом других положений настоящей Конвенции.

Статья 13

ДОХОДЫ ОТ ПРИРОСТА СТОИМОСТИ ИМУЩЕСТВА

(1) Доходы, полученные резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, как оно определено в статье 6, расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(2) Доходы от отчуждения движимого имущества, составляющего часть предпринимательского имущества постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или от движимого имущества, относящегося к постоянной базе, находящейся в распоряжении резидента Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве для целей оказания независимых личных услуг, включая такие доходы от отчуждения такого постоянного учреждения (отдельно или в совокупности со всем предприятием) или такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(3) Доходы, полученные резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международной перевозке, или движимого имущества, связанного с эксплуатацией таких морских или воздушных судов, облагаются налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

(4) Доходы от отчуждения любого имущества, иного чем то, о котором говорится в пунктах 1, 2 и 3, облагаются налогом только в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее имущество.

Статья 14

НЕЗАВИСИМЫЕ ЛИЧНЫЕ УСЛУГИ

(1) Доход, полученный резидентом Договаривающегося Государства в отношении профессиональных услуг или другой деятельности независимого характера, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве, если только такие услуги не оказываются или не оказывались в другом Договаривающемся Государстве

а) и доход относится к постоянной базе, которую физическое лицо имеет или имело на регулярной основе в другом Договаривающемся Государстве;

б) или такое физическое лицо присутствует или присутствовало в этом другом Договаривающемся Государстве в течение периода или периодов, превышающих в общей

сложности 183 дня в любом двенадцатимесячном периоде, начинающемся или оканчивающемся в соответствующем налоговом году.

В таком случае доход, связанный с услугами, может облагаться налогом в этом другом Договариваемом Государстве в соответствии с принципами, аналогичными принципам, содержащимся в статье 7, для определения суммы прибыли и отнесения предпринимательской прибыли к постоянному учреждению.

(2) Термин “профессиональные услуги”, в частности, включает независимую научную, литературную, артистическую, образовательную или преподавательскую деятельность, а также независимую деятельность врачей, юристов, инженеров, архитекторов, стоматологов и бухгалтеров.

Статья 15

ЗАВИСИМЫЕ ЛИЧНЫЕ УСЛУГИ

(1) С учетом положений статей 16, 18, 19 и 20 жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения, полученные резидентом Договариваемого Государства в связи с работой по найму, облагаются налогом только в этом Договариваемом Государстве, если только работа по найму не выполняется в другом Договариваемом Государстве. Если работа по найму выполняется таким образом, такое вознаграждение, полученное в связи с этим, может облагаться налогом в этом другом Договариваемом Государстве.

(2) Несмотря на положения пункта 1, вознаграждение, полученное резидентом Договариваемого Государства в связи с работой по найму, выполняемой в другом Договариваемом Государстве, облагается налогом только в первом упомянутом Договариваемом Государстве, если:

а) получатель находится в этом другом Договариваемом Государстве в течение периода или периодов, не превышающих в общей сложности 183 дня в любом двенадцатимесячном периоде, начинающемся или оканчивающемся в соответствующем налоговом году;

б) и вознаграждение выплачивается нанимателем или от имени нанимателя, не являющегося резидентом другого Договариваемого Государства;

с) и вознаграждение не выплачивается постоянным учреждением или постоянной базой, которую наниматель имеет в другом Договариваемом Государстве.

(3) Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждение, полученное в отношении работы по найму, выполняемой на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международной перевозке, может облагаться налогом в Договариваемом Государстве, резидентом которого является предприятие, эксплуатирующее морское или воздушное судно.

Статья 16

ГОНОРАРЫ ДИРЕКТОРОВ

Гонорары директоров и другие подобные выплаты, полученные резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена совета директоров компании, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

Статья 17

АРТИСТЫ И СПОРТСМЕНЫ

(1) Несмотря на положения статей 7, 14 и 15, доход, полученный резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусства, такого, как артист театра, кино, радио или телевидения или музыкант, или в качестве спортсмена от его личной деятельности, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(2) Если доход от личной деятельности, осуществляемой работником искусства или спортсменом в этом своем качестве, начисляется не самому работнику искусства или спортсмену, а другому лицу, этот доход может, несмотря на положения статей 7, 14 и 15, облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором осуществляется деятельность работника искусства или спортсмена.

Статья 18

ПЕНСИИ

В соответствии с положениями пункта 2 статьи 19 пенсии и другие подобные выплаты, выплачиваемые за осуществлявшуюся работу в прошлом резиденту Договаривающегося Государства, облагаются налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

Статья 19

ГОСУДАРСТВЕННАЯ СЛУЖБА

(1) а) жалованье, заработная плата и другое схожее вознаграждение, иное чем пенсия, выплачиваемые Договаривающимся Государством или его политико-административными подразделениями или местными органами власти физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Договаривающегося Государства или его политико-административных подразделений или местных органов власти, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве;

b) однако такое жалование, заработная плата и другое схожее вознаграждение облагаются налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если служба осуществляется в этом Договаривающемся Государстве и физическое лицо, которое является резидентом этого Договаривающегося Государства:

(i) является гражданином этого Договаривающегося Государства;

(ii) или не стало резидентом этого Договаривающегося Государства только с целью осуществления службы.

(2) а) любая пенсия, выплачиваемая Договаривающимся Государством или его политико-административными подразделениями или местными органами власти, или из созданных ими фондов физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Договаривающегося Государства или его политико-административных подразделений или местных органов власти, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве;

b) однако такая пенсия облагается налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и гражданином этого Договаривающегося Государства.

(3) Положения пункта 1 настоящей статьи также применяются в отношении вознаграждений, выплачиваемых Австрийскому представителю по внешней торговле в Казахстане и сотрудникам Австрийского представителя по внешней торговле в Казахстане.

(4) Положения статей 15, 16, 17 и 18 применяются к жалованиям, заработной плате и другим схожим вознаграждениям и к пенсиям в отношении службы, связанной с предпринимательской деятельностью, осуществляемой Договаривающимся Государством или его политико-административными подразделениями или местными органами власти.

Статья 20

СТУДЕНТЫ

(1) Суммы, которые студент или практикант, являющийся или непосредственно перед приездом в Договаривающееся Государство являвшийся резидентом другого Договаривающегося Государства и находящийся в первом упомянутом Договаривающемся Государстве исключительно с целью получения образования или прохождения практики, получает для целей своего содержания, получения образования или прохождения практики, не облагаются налогом в этом Договаривающемся Государстве при условии, что источники этих сумм находятся за пределами этого Договаривающегося Государства.

(2) Вознаграждения, которые студент или практикант, являющийся или являвшийся прежде резидентом Договаривающегося Государства, получает за службу, которую он осуществляет в другом Договаривающемся Государстве на период или периоды, не превышающие в совокупности 183 дня в соответствующем налоговом году, не облагаются налогом в этом другом Договаривающемся Государстве, если работа по найму прямо связана с его обучением или прохождением практики, осуществляемой в первом упомянутом Договаривающемся Государстве.

Статья 21

ДРУГИЕ ДОХОДЫ

(1) Виды доходов резидента Договаривающегося Государства независимо от источника их возникновения, о которых не говорится в предыдущих статьях настоящей Конвенции, облагаются налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

(2) Положения пункта 1 не применяются к доходам, иным чем доходы от недвижимого имущества, определенного в пункте 2 статьи 6, если получатель таких доходов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение или предоставляет в этом другом Договаривающемся Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и право или имущество, в связи с которым производилась выплата дохода, действительно связано с таким постоянным учреждением или постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или статьи 14 в зависимости от обстоятельств.

Статья 22

КАПИТАЛ

(1) Капитал, представленный недвижимым имуществом, упомянутым в статье 6, принадлежащим резиденту Договаривающегося Государства и находящимся в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(2) Капитал, представленный движимым имуществом, составляющим часть предпринимательского имущества постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или движимым имуществом, относящимся к постоянной базе, имеющейся в распоряжении резидента Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве для оказания независимых личных услуг, может облагаться налогом в этом другом Договаривающемся Государстве.

(3) Капитал, представленный морскими и воздушными судами, принадлежащими резиденту Договаривающегося Государства, которые эксплуатируются в международной перевозке, и движимым имуществом, связанным с эксплуатацией таких морских или воздушных судов, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

(4) Все другие элементы капитала резидента Договаривающегося Государства облагаются налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

Статья 23**УСТРАНЕНИЕ ДВОЙНОГО НАЛОГООБЛОЖЕНИЯ**

(1) В Австрии двойное налогообложение будет устраняться следующим образом:

а) если резидент Австрии получает доход или владеет капиталом, который в соответствии с положениями настоящей Конвенции может облагаться налогом в Казахстане, Австрия должна согласно положениям подпункта b), c) и d) освободить от налога такой доход или капитал;

b) если резидент Австрии получает виды дохода, которые в соответствии с положениями статей 10, 11 и 12 могут облагаться налогом в Казахстане, Австрия предоставит вычет из налога на доход этого резидента суммы, равной налогу, уплаченному в Казахстане. Такой вычет, однако, не превысит той части налога, начисленного до предоставления вычета, который относится к таким видам дохода, полученным в Казахстане;

c) дивиденды, охватываемые подпунктом а) пункта 2 статьи 10 и выплачиваемые компанией, которая является резидентом Казахстана, компании, которая является резидентом Австрии, согласно соответствующему положению внутреннего законодательства Австрии, но независимо от любых отклонений от минимальной величины холдинга, требуемого законодательством, освобождается от налога в Австрии;

d) если в соответствии с любыми положениями настоящей Конвенции, доход получаемый или капитал, принадлежащий резиденту Австрии, освобожден от налога в Австрии, то Австрия может при расчете суммы налога на оставшийся доход или капитал такого резидента учесть освобожденный доход или капитал;

e) доход, полученный резидентом Австрии, который рассматривается Австрией как налогооблагаемый в соответствии с настоящей Конвенцией в Казахстане, может быть обложен налогом в Австрии, если после проведения процедуры взаимного согласования Казахстан освободит такой доход от налога на основании настоящей Конвенции.

(2) В Казахстане двойное налогообложение устраняется следующим образом:

а) если резидент Казахстана получает доход или владеет капиталом, который в соответствии с положениями настоящей Конвенции может облагаться налогом в Австрии, Казахстан позволит:

(i) вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Австрии;

(ii) вычесть из налога на капитал этого резидента сумму, равную налогу на капитал, уплаченному в Австрии.

Размер налога, вычитаемого в соответствии с вышеприведенными положениями, не должен превышать налог, который был бы начислен на такой же доход по ставкам, действующим в Казахстане;

b) если резидент Казахстана получает доход или владеет капиталом, который, в соответствии с положениями настоящей Конвенции облагается налогом только в Австрии, Казахстан может включить этот доход или капитал в базу налогообложения, но только для целей установления ставки налога на такой другой доход или капитал, как подвергаемый налогообложению в Казахстане.

Статья 24

НЕДИСКРИМИНАЦИЯ

(1) Национальные лица Договаривающегося Государства не будут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве любому налогообложению или любому связанному с ним обязательству, иному или более обременительному, чем налогообложение и связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица другого Договаривающегося Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства. Данное положение, несмотря на положения статьи 1, также применяется к лицам, которые не являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

(2) Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающихся Государств, не должны подвергаться ни в каком из Договаривающихся Государств любому налогообложению или любому связанному с ним обязательству, иному или более обременительному, чем налогообложение и связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица соответствующего Договаривающегося Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства.

(3) Налогообложение постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, не должно быть менее благоприятным в этом другом Договаривающемся Государстве, чем налогообложение предприятий этого другого Договаривающегося Государства, осуществляющих подобную деятельность. Это положение не должно истолковываться как обязывающее Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства такие личные налоговые льготы, скидки и вычеты для целей налогообложения на основе их гражданского статуса или семейного положения, которые оно предоставляет своим резидентам.

(4) За исключением случаев, когда применяются положения пункта 1 статьи 9, пункта 9 статьи 11 или пункта 6 статьи 12, проценты, роялти и другие выплаты, производимые предприятием Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, должны для целей определения налогооблагаемой прибыли такого предприятия подлежать вычетам на тех же условиях, как если бы они выплачивались резиденту первого упомянутого Договаривающегося Государства. Аналогично любая задолженность предприятия Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства должна для целей определения налогооблагаемого капитала такого предприятия подлежать вычету на тех же самых условиях, что и задолженность резиденту первого упомянутого Договаривающегося Государства.

(5) Предприятия Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично принадлежит или контролируется прямо или косвенно одним или несколькими резидентами другого Договаривающегося Государства, не должны подвергаться в первом упомянутом Договаривающемся Государстве любому налогообложению или любым обязательствам, связанным с ним, которые являются иными или более обременительными, чем налогообложение и связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться другие подобные предприятия первого упомянутого Договаривающегося Государства.

(6) Несмотря на положения статьи 2, положения настоящей статьи применяются к налогам любого рода и вида.

Статья 25

ПРОЦЕДУРА ВЗАИМНОГО СОГЛАСОВАНИЯ

(1) Если лицо считает, что действия одного или обоих Договаривающихся Государств приводят или приведут к его налогообложению не в соответствии с положениями настоящей Конвенции, оно может независимо от средств защиты, предусмотренных внутренним законодательством этих Договаривающихся Государств, представить свое дело на рассмотрение компетентному органу того Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, или, если его дело подпадает под действие пункта 1 статьи 24, компетентному органу того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действиях, приводящих к налогообложению не в соответствии с положениями настоящей Конвенции.

(2) Компетентный орган будет стремиться, если он сочтет заявление обоснованным и если он сам не сможет прийти к удовлетворительному решению решить дело по взаимному согласию с компетентным органом другого Договаривающегося Государства с целью избежания налогообложения, не соответствующего настоящей Конвенции. Любое достигнутое согласие будет исполнено независимо от любых ограничений во времени, предусмотренных национальным законодательством Договаривающихся Государств.

(3) Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться разрешить по взаимному согласию любые трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении Конвенции. Они могут также консультироваться друг с другом с целью устранения двойного налогообложения в случаях, не предусмотренных Конвенцией.

(4) Компетентные органы Договаривающихся Государств могут вступать в прямые контакты друг с другом, такой обмен может состояться в рамках совместной комиссии, состоящей из них самих или их представителей, в целях достижения согласия в понимании предшествующих пунктов.

Статья 26

ОБМЕН ИНФОРМАЦИЕЙ

(1) Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются информацией, необходимой для выполнения положений настоящей Конвенции, касающейся налогов, на которые распространяется настоящая Конвенция в той степени, в какой налогообложение по этому законодательству не противоречит настоящей Конвенции. Обмен информацией не ограничивается статьей 1. Любая информация, полученная Договаривающимся Государством, считается конфиденциальной таким же образом, как и информация, полученная в рамках внутреннего законодательства этого Договаривающегося Государства, и сообщается только лицам или органам (включая суды и административные органы), занятым оценкой или сбором, принудительным взысканием или судебным преследованием, или рассмотрением апелляций, касающихся налогов, на которые распространяется Конвенция. Такие лица или органы используют информацию только для этих целей. Они могут раскрывать эту информацию в ходе открытого судебного заседания или при принятии судебных решений.

(2) Ни в каком случае положения пункта 1 не будут толковаться как налагающие на Договаривающиеся Государства обязательства:

а) предпринимать административные меры, противоречащие законодательству и административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;

б) предоставлять информацию, которую нельзя получить по законодательству или в ходе обычной административной практики этого или другого Договаривающегося Государства;

в) предоставлять информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, предпринимательскую, промышленную, коммерческую или профессиональную тайну или торговый процесс, или информацию, раскрытие которой противоречило бы государственной политике (общественному порядку).

Статья 27

СОТРУДНИКИ ДИПЛОМАТИЧЕСКИХ ПРЕДСТАВИТЕЛЬСТВ И КОНСУЛЬСКИХ УЧРЕЖДЕНИЙ

Ничто в настоящей Конвенции не затрагивает налоговых привилегий сотрудников дипломатических представительств и консульских учреждений, которым такие привилегии предоставлены общими нормами международного права или в соответствии с положениями специальных соглашений.

Статья 28

ВСТУПЛЕНИЕ В СИЛУ

(1) Настоящая Конвенция подлежит ратификации и вступит в силу на 30-й день после даты последнего уведомления, указывающего, что оба Договаривающихся Государства выполнили предусмотренные внутренним законодательством каждого Договаривающегося Государства процедуры для ее вступления в силу.

(2) Конвенция применяется:

а) к налогам, удерживаемым у источника, в отношении сумм, уплачиваемых или зачитываемых с 1 января или после 1 января календарного года, следующего за годом вступления Конвенции в силу;

б) и к другим налогам в отношении налогового периода, начинающегося с 1 января или после 1 января календарного года, следующего за годом вступления Конвенции в силу.

Статья 29

ПРЕКРАЩЕНИЕ ДЕЙСТВИЯ

Настоящая Конвенция остается в силе, пока одно из Договаривающихся Государств не прекратит ее действие. Любое Договаривающееся Государство может прекратить действие Конвенции, направив через дипломатические каналы письменное уведомление о прекращении действия, по крайней мере за шесть месяцев до конца любого календарного года, следующего после истечения пятилетнего периода с даты вступления Конвенции в силу. В таком случае Конвенция прекращает свое действие:

а) в отношении налогов, удерживаемых у источника, по суммам, уплачиваемым или зачитываемым с 1 января или после 1 января года, следующего за годом подачи уведомления;

б) и в отношении других налогов за налоговый период, начинающийся с 1 января или после 1 января года, следующего за годом подачи уведомления.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся представители, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящую Конвенцию.

При подписании Конвенции между Австрийской Республикой и Республикой Казахстан в отношении налогов на доход и капитал Договаривающиеся Государства согласились, что прилагаемый Протокол составляет неотъемлемую часть Конвенции.

Совершено в городе Вена 10 числа, сентября месяца 2004 года в двух экземплярах на немецком, казахском, английском и русском языках, все тексты имеют одинаковую силу. В случае расхождения в текстах английский текст будет определяющим.

ЗА АВСТРИЙСКУЮ
РЕСПУБЛИКУ



ЗА РЕСПУБЛИКУ
КАЗАХСТАН



ПРОТОКОЛ

При подписании Конвенции между Австрийской Республикой и Республикой Казахстан в отношении налогов на доход и капитал нижеподписавшиеся согласились, что следующие положения составляют неотъемлемую часть Конвенции.

Толкование Конвенции

Понимается, что положения настоящей Конвенции, которые составлены в соответствии с положениями модели Конвенции ОЭСР на доход и капитал, считаются, в общем, имеющими такое же значение, как это выражено в комментариях ОЭСР. Комментарии, которые могут быть пересмотрены время от времени, содержат средства интерпретации, которые соответствуют Венской Конвенции о праве международных договоров от 23 мая 1969 года.

В отношении пункта 6 статьи 10

Если и пока настоящая Конвенция в отношении налогов на доход и капитал действует между Казахстаном и страной, являющейся членом Организации экономического сотрудничества и развития в настоящее время, для которой Конвенция не предусматривает дополнительный налог, который предусмотрен в пункте 6 статьи 10 настоящей Конвенции, то дополнительный налог, о котором идет речь здесь, не взимается с предприятий - резидентов Австрии.

В отношении статей 11 и 12

Договаривающиеся Государства согласились в том, что если Казахстан принимает более низкую ставку налога, чем 10 процентов, указанную в пункте 2 статьи 11 или в пункте 2 статьи 12 в любой Конвенции между Казахстаном и третьим Государством, являющимся членом Организации экономического сотрудничества и развития, и эта Конвенция вступает в силу либо до, либо после даты вступления в силу настоящей Конвенции, компетентный орган Казахстана уведомит компетентный орган Австрии о положениях соответствующего пункта этой Конвенции с третьим Государством немедленно после вступления в силу этой Конвенции, и такая низкая ставка будет заменять 10 процентов, предусмотренных в пункте 2 статьи 11 или пункте 2 статьи 12 настоящей Конвенции, в зависимости от обстоятельств с даты вступления в силу той Конвенции или настоящей Конвенции в зависимости от того, какая из них вступит в силу позже.

В удостоверение чего нижеподписавшиеся, должным образом на то уполномоченные, подписали настоящий Протокол.

Совершено в городе Вена 10 числа, сентября месяца 200 4 года в двух экземплярах на немецком, казахском, английском и русском языках, все тексты имеют одинаковую силу. В случае расхождения в текстах английский текст будет определяющим.

ЗА АВСТРИЙСКУЮ
РЕСПУБЛИКУ



ЗА РЕСПУБЛИКУ
КАЗАХСТАН

